

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Illustration: Berghahn

Lebensmittelhandel

Höhere Erzeugerpreise kann man nur gemeinsam gegen die geballte Marktmacht durchsetzen. Einzelne Händler setzen auf Qualität. **Seiten 11-13**

Bullenpreise

Nach der Entkopplung der Prämien von der Produktion löst sich der Preis von der Prämie – und steigt um einen halben Euro je Kilo. Zuversicht: stabil **Seite 6**

Saisonarbeitskräfte

Nach polnischem Recht müssten für Saison-Arbeitskräfte 48 Prozent Sozialbeiträge gezahlt werden. Aber dafür müsste Spargel teurer werden. **Seite 3**

Die Seite 3

Saisonarbeitskräfte: Zahhtag verpennt 3
Polnisches Recht fordert 48 % Sozialbeiträge

Agrarpolitik

Absatzfonds ohne Energie 4
CMA darf auch weiterhin nicht für Biodiesel werben
Neuwahlen – Ein Kommentar von Georg Janßen 5
Bauernverbände bevorzugen Prämien-Kürzung 5
Nationale Kofinanzierung lehnt die COPA ab

Märkte

Bullenpreise entkoppelt 6
Etikettierungskontrolle von Rindfleisch 7
Überbürokratie drängt regionales Rindfleisch aus den Theken
Erste gentechnikfreie Milch 10
Die Upländer Bauernmolkerei startet im Juni

Bewegung

Aufruf: Solidaritätsfonds Boden 8

Schwerpunkt: Lebensmittelhandel

Höhere Erzeugerpreise gegen geballte Marktmacht 11
„Regionalität ist ein Qualitätsmerkmal“ 12
Interview mit SPAR-Einzelhändler Björn Harste

Nachbau

Lindas Rettung läuft an 15
Bundessortenamt gibt nach und verlängert Zulassung
Wieviel Offenbarung? 15
Urteilsverkündung im Aufbereiterprozess am 26. Juni

Gentechnik

Gentechnikfreie Regionen: Es geht voran 14

Internationales

Zucker: Kommission will mit Geld liberalisieren 16
WTO verbietet EU zu viel Export 16
Die WTO und unser Milchpreis 17

Landleben

Milchbauer nach Demo erschüttert 19
60 Jahre danach 18
Bericht über Auswirkungen von Krieg und Naziherrschaft

Weitere Themen

In Stall, Feld und Umfeld bei Annemarie Duske und Andreas Backfisch, **Seite 9** · Abhängigkeiten, **Seite 19**
Lesetipps, **Seite 20-21** · Anzeigen/Veranstaltungen/Kontakte, **Seite 22-23**, Nachruf auf Graf Finkenstein, **Seite 23**

Inhaltsverzeichnis

Auch die diesjährigen Preisverhandlungen der Molkereien mit den Einzelhandelsunternehmen werden von Protesten der Milchbauern begleitet. Für rund 26 Cent pro Liter sind die Produktionskosten der Milchbauern kaum gedeckt, und Anstrengungen im Bereich Umweltschutz bleiben erst recht auf der Strecke.

Die sinkenden Milchpreise sind neben einer verfehlten EU-Politik auch ein Ergebnis der voranschreitenden Discountierung im deutschen Einzelhandel. Discounter wie Aldi, Penny und Lidl, die den Großteil der Milchprodukte auf den Markt werfen, expandieren rasant. Zeitgleich versucht der übrige Lebensmitteleinzelhandel mitzuhalten, indem er von den Discountern lernt. Und das heißt: Sparen beim Einkauf der Ware und Sparen gegenüber den eigenen Beschäftigten. Der Preisdruck, den die Discounter auf die Zulieferer ausüben, wird von diesen nach unten an die Beschäftigten in der Industrie und die Landwirte abgegeben. Häufig produzieren diese in Entwicklungsländern unter menschenunwürdigen Bedingungen für den Weltmarkt.

**Kommentar****Hauptsache billig – auf wessen Kosten?**

Aber selbst im deutschen Einzelhandel werden die Rechte der Beschäftigten häufig missachtet. Die Discounter Schlecker, Aldi-Süd und Lidl sind echte Profis im Verhindern von Betriebsräten. Ihre Strategien sind vielfältig: Einschüchterungen durch Testkäufe, ungerechtfertigte Abmahnungen, unbezahlte Überstunden und erzwungene Kündigungen sind keine Seltenheit.

Warum kann sich die Hauptsache-billig-Strategie zu Lasten der Beschäftigten grenzenlos durchsetzen? Im Einkauf ist eine zentrale Ursache die starke Verhandlungsposition der Einzelhandelsunternehmen. Aufgrund anhaltender Expansion und Konzentration kaufen immer weniger Einzelhandelsunternehmen immer größere Mengen ein. Die Angst vor Auslastung – auch unter den Molkereien – ist enorm.

Die Beschäftigten im Handel zeigen sich dagegen genügsam, weil der Druck der Arbeitgeber groß und die Angst, irgendwann Arbeitslosengeld II zu kassieren, noch größer ist. Die Bedingungen für gewerkschaftliches Engagement sind da schlecht. Auch der Appell an die Verbraucher/innen, Lidl und Schlecker zu meiden, stößt schnell an seine Grenzen, wenn der Geldbeutel leer ist. Was bleibt zu tun? Kritik an der Strategie der Einzelhandelsunternehmen und speziell an den Discountern ist bitter nötig. Ihnen wird aber der Weg für ihre globalen Expansionsstrategien erst durch die Regierungen und deren Agieren im Rahmen der EU und dem weltweiten Allgemeinen Abkommen über Dienstleistungen GATS freigeräumt. Deshalb müssen wir unseren Blick erweitern. Auch wenn in Deutschland das Dumpingverbot und die Ansiedlungspolitik durch die neue EU-Dienstleistungsrichtlinie und das GATS bedroht sind, die Folgen der Expansion deutscher Einzelhandelsunternehmen in die Transformations- und Entwicklungsländer sind bedeutend krasser. Durch den Markteintritt von Handelsgiganten wie Metro oder Lidl werden die meist kleineren, selbstständig geführten Geschäfte beispielsweise in Polen, Brasilien oder China vom Markt gefegt. Folglich finden Kleinbauern kaum noch Abnehmer für ihre Produkte. Bei den großen, standardisierten Mengen, die Metro oder Lidl von ihnen fordern, können sie nicht mithalten. Es kann nicht nur darum gehen, eigene Standards zu verteidigen, sondern wir müssen uns weltweit mit den Beschäftigten im Handel und in der Produktion solidarisieren.

Sarah Bormann, Mitarbeiterin bei Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. (WEED) und Mitautorin der neuen Broschüre „Grenzenlos billig?“ (siehe Seite 20).

Zitat des Monats

„Geiz ist geil“ heißt nichts anderes als „Billig ist gut“, und billig zerstört die gesellschaftliche Anerkennung für Arbeit. Wer täglich suggeriert bekommt, dass das, was er mit seiner Hände Arbeit schafft, nur durch Verramschen zu etwas Kleingeld gemacht werden kann, verliert jegliches Wertgefühl. (...) Aber der Staat hat es auch verpasst, Regeln aufzustellen. In Europa ist ein Liter Milch preiswerter als ein Liter Cola. (...) Ein industriell hergestelltes Produkt ist teurer als ein Liter Milch, der mit viel Mühe produziert werden muss. Die Gesellschaft hat einfach nicht verstanden, sich über diese Werteskala zu verständigen. Was ist Arbeit wert? Wie honoriere ich Arbeit?“

Wendelin Wiedeking, Chef von Porsche (in der ZEIT, Nr.18/2005)

Impressum

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf, Anne Brid Leonhardt; Tel.: 023 81/49 22 89, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Abowerwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520
Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)
Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich
Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Saisonarbeitskräfte: Zahltag verpennt

Seit Polen in der EU ist, gilt für viele polnische Saisonarbeiter das heimische Sozialrecht. Ein gutes Jahr später ist die Aufregung groß – denn bislang wurde von deutschen Arbeitgebern in die polnischen Sozialkassen nichts eingezahlt

Wer nicht zahlt, darf keine Saisonarbeitskräfte beschäftigen“, wetteuerte die IG-BAU.

Als „unverschämte Ignoranz“ bezeichnete ein Kommentator der *Frankfurter Rundschau* namens Thomas Maron die Klage des Bauernverbandes, die Landwirte seien vom Bund nicht ausreichend informiert worden, denn, so schimpfte Maron weiter „jedenfalls kennen sich die Landwirte aus, wenn es was aus Subventionstöpfen zu holen gibt – ganz ohne regierungsamtliche Hilfe.“

Pünktlich zu Beginn der Spargelsaison wurde in allen Medien diskutiert, was in den Monaten davor augenscheinlich komplett verschlafen wurde – von wem auch immer.

In daraufhin eilig einberufenen Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau legten die Regierungen Ende April fest, dass die entsprechende EU-Verordnung im Fall der polnischen Saisonarbeiter erst zum 1.7.2005 greifen soll. Sonst hätten die betroffenen Landwirte die Sozialbeiträge für polnische Saisonarbeiter in Höhe von knapp 48 Prozent des Bruttolohnes rückwirkend zum 1. Mai 2004 nachzahlen müssen.

Die deutschen Obst- und Gemüsebauern fürchten dennoch um ihre Existenz. Seit Jahrzehnten arbeiten sie mit ihren polnischen Saisonkräften – und angesichts der niedrigen Erzeugerpreise und des anhaltenden Preiskampfes im Lebensmittelhandel sehen sie keine Möglichkeiten, die drohenden Lohnkostensteigerungen von fast 50 Prozent, die nun ab Juli diesen Jahres auf sie zukommen, auf die Produktpreise umzulegen.

Aktuelle Rechtslage

Laut der EU-Verordnung Nummer 1408/71 unterliegen Saisonarbeitskräfte aus einem anderen EU-Land dem Sozialrecht ihres Heimatlandes, sofern sie dort Arbeitnehmer oder Selbstständige sind. Ausgenommen sind also Hausfrauen, Studenten oder Rentner, die hier weiterhin nach deutschem Recht behandelt werden.

In Polen, dem Land, aus dem die Mehrheit der rund 320.000 bei uns tätigen Saisonkräfte stammt, gibt es – anders als in Deutschland – keine besonderen Regelungen für geringfügige oder kurzfristige Beschäftigungen. Es ist somit der volle Beitragssatz zur polnischen Sozial-

versicherung zu zahlen, und der beträgt knapp 48 Prozent des Bruttolohns – wovon 27 Prozent vom Arbeitnehmer und 21 Prozent vom Arbeitgeber zu tragen sind.

Viele polnische Saisonarbeiter haben schon angekündigt, dass sie nicht bereit sind, für einen noch niedrigeren Nettolohn als die derzeit rund 5 Euro je Stunde zu arbeiten.

Für einen deutschen Landwirt heißt das, dass er die Stundenlöhne anheben muss, damit nach Abzug der Arbeitnehmeranteile von 28 Prozent nicht weniger ausgezahlt wird als heute. Hinzu kommt der Arbeitgeber-Anteil von 20 Prozent. Insgesamt erhöhen sich also die Personalkosten um etwa die Hälfte.

Dank der bisherigen Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau entfällt nun die Nachzahlungspflicht der Sozialabgaben für 2004 und auch ein großer Teil der Beiträge für 2005, da Spargel- und Erdbeerernte bis Ende Juni weitgehend abgeschlossen sind.

Dieser zeitliche Aufschub spart nicht nur viel Geld, sondern macht auch insofern Sinn, weil bislang die meisten der notwendigen Formulare nur in polnischer Sprache vorliegen, was für die deutschen Landwirte ein großes Hindernis darstellt. Immerhin hat die polnische Sozialversicherungsanstalt (ZUS) bereits auf deutsch ein Merkblatt für



Wessen Hände werden zukünftig diese Arbeit tun?

Fotos: Leonhardt

Arbeitgeber über das Melde- und Abrechnungsverfahren erstellt. Nun bleibt Zeit, den Rest nachzuholen.

Stichtag nun 1. Juli

Ab 1.7.2005 aber sollen die Zahlungen endgültig fällig werden, und sofern sich an der Rechtslage in Polen nichts ändert, sehen die meisten Bauern und ihre polnischen Erntehelfer dann wenig Perspektive für eine weitere Zusammenarbeit. Zu hoch sind die Kosten, zu groß der bürokratische Aufwand.

Der Deutsche Bauernverband forderte die Bundesregierung auf, mit Warschau langfristig eine Sonderregelung zu vereinbaren, die auch künftig den Einsatz polnischer Erntehelfer zu tragbaren Bedingungen für alle Seiten ermöglicht; z.B. anstatt der bisher geltenden 48 Prozent Sozialabgaben eine niedrigere Pauschale für Saisonarbeit einzuführen. Auch ist denkbar, dass eine am deutschen 50-Tage Modell angelehnte Vereinbarung getroffen wird (Saisonarbeit von bis zu 50 Tagen in einem Kalenderjahr ist nach deutschem Recht sozialversicherungsfrei). Die Regierung in Warschau zeigte sich bislang zu Entgegenkommen bereit. Die IG BAU geht

nach Gesprächen mit den polnischen Agrargewerkschaften davon aus, dass noch in diesem Jahr eine praktikable und für beide Seiten tragbare Lösung gefunden wird, die jedoch erst ab 2006 zum Tragen kommt, da eine rückwirkende Forderung nach Abschluss der Saison 2005 schwer durchsetzbar wäre.

Wer macht die Arbeit?

Der Annahme vieler Außenstehender, dass mit der Verteuerung polnischer Erntehelfer die einheimischen Arbeitskräfte (Stichwort „Langzeitarbeitslose“) wieder konkurrenzfähig werden würden, erteilt die große Mehrheit der betroffenen Landwirte eine Absage:

„Eher werden Rumänen oder Ukrainer eingesetzt, die noch nicht in der EU sind“, so ein Gemüsebauer aus Niedersachsen.

Schon unter der Kohl-Regierung in den 80er Jahren wurde versucht, deutsche Arbeitslose zum Spargelstechen zu animieren – und schon damals ging es schief. Zum einen wegen der schlechten Bezahlung, denn Stundenlöhne um die 5 Euro und weniger sind in Relation zu deutschen Lebenshaltungskosten einfach sehr niedrig.

Zum anderen ist die Arbeit eintönig, körperlich anstrengend (Stunden in gebückter Haltung zu verbringen fördert



Trotz moderner Technik bleibt viel Handarbeit

nicht gerade die Rückengesundheit), noch dazu findet sie draußen statt, wo es wahlweise zu kalt, zu nass, zu warm oder zu windig sein kann – und man wird dreckig ...

Für einen Großteil der deutschen Bevölkerung ist so eine Tätigkeit, aber auch landwirtschaftliche Arbeit im allgemeinen ausgesprochen unattraktiv. Selbst wenn bessere Löhne gezahlt werden könnten, würde sich dieses Negativeimage vermutlich kaum verbessern.

Fazit

Landwirtschaftliche Arbeit ist im Industrieland Deutschland weit unten angesiedelt auf der Werteskala. Landwirtschaftliche Produkte sollen vor allem eines sein: billig. In Berlin wurde in diesem Jahr schon – angeblich deutscher – Spargel für einen Euro pro Kilo verramscht.

Solange „Geiz geil ist“, haben deutsche Bauern es sehr schwer, Preise für ihre Produkte zu erzielen, die deren Wert angemessen sind und es so ermöglichen, (Saison-)Arbeitskräften einen höheren Stundenlohn zu zahlen.

Folglich muss die wirkliche Forderung auch nicht heißen: „Keine Sozialabgaben für Saisonkräfte“, sondern: „Faire Erzeugerpreise für Obst und Gemüse!“ und ist wahrscheinlich so alt wie die Landwirtschaft selbst.

Doch nie wurde der Wert landwirtschaftlicher Produkte so gering geschätzt wie heute.

Anne Brid Leonhardt

NRW fördert Weidehaltung stärker

Vor ihrer Abwahl haben die bisherige nordrhein-westfälische Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (Grüne) und ihr Staatssekretär Thomas Griese noch die Förderung der Weidehaltung aus Modulationsmitteln verstärkt. Nachdem bisher in NRW Milchviehbetriebe nur mit Laufstall-Haltung förderfähig sind, wird nun auch die Weidehaltung auf Betrieben mit Anbindehaltung oder weniger tiergerechten Laufställen förderfähig (Sommerweide). Vorausgesetzt, die EU-Kommission genehmigt die neue Fördervariante, wird pro Hektar 100 Euro jährlich gezahlt (bei komfortablen Laufställen weiterhin 140 Euro/ha). Die Förderung ist begrenzt auf die Fläche, die einem maximalen Besatz von zwei Rauhfutter fressenden Großvieheinheiten (RGV) je Hektar entspricht. Betriebe mit über 2 Großvieheinheiten (GVE) je Hektar Nutzfläche oder unter 0,3 GVE/ha sind ausgeschlossen. Eine derartige Weidehaltung wird seit zwei Jahren im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz vom Bund mit gefördert. Doch längst nicht alle Bundesländer bieten sie an, obwohl das eine Maßnahme ist, die vom Preistief gebeutelten Milchviehbetriebe zu unterstützen. *uj*

Gemeinsam gegen Lohndumping

Vertreter der Fleischwirtschaft und der Bundesregierung haben sich auf eine gemeinsame Erklärung zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung geeinigt. Der Missbrauch der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit für Subunternehmer aus Billiglohnländern solle bekämpft werden. Die Vertreter der Fleischwirtschaft begrüßten Kontrollen. Sie wollen in Zukunft bei der Überprüfung von Werkvertragsunternehmen enger mit dem Bundeswirtschaftsministerium zusammenarbeiten. *pm*

Bleser neuer Sprecher der Union

Nachdem der bisherige agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein geworden ist, hat die Fraktion den rheinland-pfälzischen Landwirt Peter Bleser zu ihrem neuen Agrarsprecher gewählt. Nach seiner Wahl sagte Bleser, er werde sich für eine „wissenschaftlich begründete, wettbewerbsorientierte, tierartgerechte und nachhaltige Landwirtschaft“ einsetzen. *pm*

Bernward Geier verlässt IFOAM

Nach fast 20jähriger Tätigkeit für die internationale Vereinigung biologischer Landbauorganisationen (IFOAM) wird der IFOAM-Direktor für internationale Beziehungen, Bernward Geier, Ende August seine berufliche Tätigkeit für den Verband beenden. Darauf habe er sich mit IFOAM in gegenseitigem guten Einvernehmen geeinigt, erklärte IFOAM in einer Pressemitteilung und äußerte über den Weggang Geiers großes Bedauern. Geier war 1986 zum Generalsekretär gewählt worden. Zu seiner beruflichen Zukunft sagt Bernward Geier: „Ich weiß noch nicht, was die Zukunft für mich bereithält. Wohin auch immer mich mein Weg führen wird, ich kann mir kein Leben ohne engste Verbindungen zur biologischen Bewegung vorstellen, die das traumhafteste Umfeld war, für das man arbeiten kann.“ *pm*

Naturland mit neuem Präsidium

Die Delegiertenversammlung des Naturland-Verbandes für ökologischen Landbau hat Anfang Mai eine neue Führungsspitze gewählt. Das neue Präsidium bilden nun Hans Hohenester (Vorsitzender, Bayern), Everhard Hüseman (Niedersachsen), Dr. Felix Prinz zu Löwenstein (Hessen), Arthur Stein (Bayern) und Frauke Weissang (Italien). Friedrich Heuckmann-Bummann aus Westfalen scheidet aus dem Präsidium aus. *pm*

Kurzes am Rande

Absatzfonds ohne Energie

CMA darf weiterhin nicht für Biodiesel werben

Auch nach den Mitte Mai vom Bundestag verabschiedeten Änderungen des Absatzfondsgesetzes darf mit den Mitteln des Absatzfonds kein Marketing für nachwachsende Rohstoffe gefördert werden. Eine entsprechende Gesetzesänderung war zwar von allen Parteien im Bundestag gewünscht, scheiterte aber letztlich an einer Frage, die damit keinen sachlichen Zusammenhang hat: nämlich ob der Verwaltungsrat des Absatzfonds 20, 21 oder 23 Sitze haben soll und wer gegebenenfalls bestimmen darf, wer auf dem 21. Sitz Platz nehmen darf.

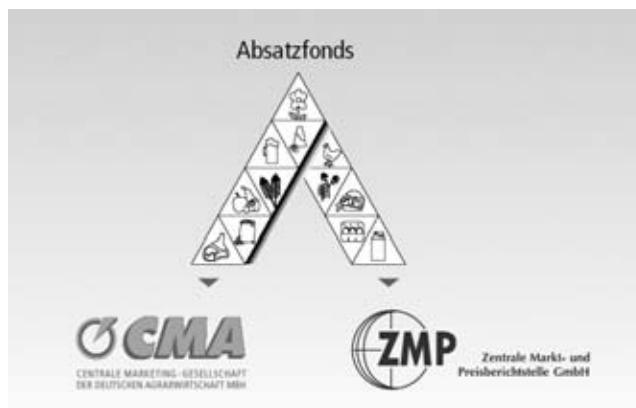
nungshof hatte moniert, dass bisher im Gesetz steht, dass drei Mitglieder des Absatzfonds bzw. seines Verwaltungsrates im Aufsichtsrat der CMA sitzen müssen. Drei von 23 Verwaltungsräten des Absatzfonds und damit des Geldgebers und der Kontrollinstanz sitzen also bislang gleichzeitig im entscheidenden Organ der Durchführungsebene CMA. Dadurch könne es zu Interessenskollisionen kommen.

Verquickung

Diese Verquickung von Kontroll- und Durchführungsebene aufzulösen, war ein weiteres Anliegen der Gesetzesnovelle. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sah vor, den entsprechenden Passus im Gesetz zu streichen und die drei gekoppelten der bislang insgesamt 23 Verwaltungsrats-Sitze gleich mit, also die Anzahl auf 20 zu reduzieren. Die mit dem CMA-Aufsichtsrat gekoppelten Sitze sind traditionell in der Hand des Bauernverbandes oder seiner befreundeten Verbände im „Zentralausschuss der deutschen Landwirtschaft“ (neben dem Bauernverband DBV: Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, Raiffeisenverband und der Verband der Landwirtschaftskammern). Fallen diese Sitze weg, hat der Zentralausschuss weniger Einfluss, beklagen DBV wie CDU/CSU und FDP.

Aber auch der zuständige Obmann der SPD, Gustav Herzog, hat erheblichen Druck ausgeübt, damit wenigstens noch einer der drei Sitze bleibt. Der Grünen-Abgeordnete Friedrich Ostendorff hatte dem einen Sitz zugestimmt, aber unter der Bedingung, dass der Sitz nicht dem Zentralausschuss zugeordnet wird. SPD und Grüne hatten sich darauf geeinigt, dass der eine strittige Sitz allgemein dem „Bereich (Erzeugung) nachwachsende Rohstoffe“ zugeordnet werden soll. Wenige Tage später änderte Herzog seine Haltung und folgte der Empfehlung von DBV und Union, dann doch noch den Zusatz „auf Vorschlag des Zentralausschusses“ zu machen. Von dieser Forderung rückte Herzog nicht mehr ab. Ostendorff blieb dabei: „Wenn schon ein Sitz mehr, dann nicht per Gesetz unter der Regide des Zentralausschusses“, schließlich darf der schon die mit Abstand größte Fraktion (sieben Sitze) vorschlagen. Ostendorffs Vorschlag, die Öffnung für nachwachsende Rohstoffe trotz der Nicht-einigung bei den Sitzen zu beschließen, fand bei SPD keine Akzeptanz.

So gibt es nun eine Reduzierung der Sitze auf 20, keine Öffnung für Biodiesel und – nicht zuletzt – die Festlegung, dass der Absatzfonds die Kosten der Abgaben-Eintreibung künftig selbst übernehmen muss; sie werden bisher vom Bund übernommen. *uj*



Struktur von Absatzfonds, CMA und ZMP

Der Absatzfonds verwaltet die Abgaben, die laut Absatzfondsgesetz bei jedem Verkauf von Milch, Getreide, Fleisch etc. einbehalten werden, wobei die „Flaschenhälse“ (Molkereien, Ölmühlen etc.) die Abgaben an den Absatzfonds abführen, aber den Bauern von ihren Verkaufspreisen gleich abziehen. Ebenfalls im Gesetz ist die Verwendung der Mittel geregelt: Der Absatzfonds hat sich demnach der CMA und der ZMP (siehe Grafik) zu bedienen, um den Absatz der deutschen Agrarprodukte zu fördern.

Verwendungszweck

Bislang dürfen Gelder des Absatzfonds nur für Lebensmittel eingesetzt werden, und da auch nur für solche, für deren Grundstoffe (z.B. Milch oder Rapssaat) die Bauern auch Abgaben gezahlt haben. Für Raps wird den Bauern von den Ölmühlen zwar auch eine Abgabe von in dem Fall 0,71 Euro je Tonne vom Verkaufspreis abgezogen und an den Absatzfonds weitergeleitet. Aber mit dem Geld darf eben nur der Absatz von Speiseöl, nicht jedoch von Biodiesel gefördert werden. Eigentlich wollten alle Parteien im Bundestag das durch eine Öffnung des Gesetzes nun ermöglichen – doch ohne Erfolg.

Entgegen stand dem eine zweite Baustelle im Absatzfondsgesetz: Der Bundesrech-

Neuwahlen

Kommentar von AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen

Gerhard Schröder ist immer für eine Überraschung gut. Nach dem Wahldesaster in NRW will er es wissen, kündigt vorgezogene Neuwahlen für den Bundestag schon in diesem Herbst an und verwandelt damit das politische Berlin in einen aufgeregten Hühnerhaufen.

Strategien für 2006 und später sind Makulatur – jetzt muss gesagt werden, wofür man steht. Schon gibt es die einfachen Lösungen: Rot-Grün muss raus, Schwarz-Gelb muss ran – und alles wird gut. Als wenn wir nur die Farbzusammensetzung von Wimperntusche ändern müssten, um die Probleme im Land zu lösen. Die Kernfrage dieser Richtungswahl wird die soziale Gerechtigkeit sein.

Noch nicht ausgemacht ist, wie SPD, Grüne, CDU/CSU, FDP und PDS sich zur sozialen Gerechtigkeit und zum Thema Landwirtschaft verhalten. Wenn selbst in einem von Landwirtschaft und ländlichen Regionen geprägten Bundesland wie Niedersachsen über die Abschaffung des Landwirtschaftsministeriums spekuliert wird, kann sich die bäuerliche Landwirtschaft nicht automatisch einer Wertschätzung der Politik erfreuen.

Es geht um Sach- und Zukunftsfragen:

- Arbeit statt Arbeitslosigkeit heißt vor allem konkrete Anbindung von Direktzahlungen an Arbeitskräfte.
- Die Entwicklung der ländlichen Räume und der Landwirtschaft bedürfen einer Stärkung der zweiten Säule in der EU-Agrarpolitik, statt Kürzung der Zahlungen seitens der Mitgliedstaaten.
- Der Milchzeugerpreis muss rauf auf 40 Cent pro Liter, dafür sind zusätzliche Milchquoten kontraproduktiv.
- Bei der Zuckermarktreform muss die Menge eingeschränkt und der Preis gehalten werden. Fairer Handel ist angesagt, statt Dumping mit Exportsubventionen.
- Die Flächenvergabepraxis in den ostdeutschen Bundesländern muss endlich sozial gerecht werden.
- Bei der Saatgut-Nachbauregelung gilt es, die Ausforschung und Gebühren-Abzockerei zu stoppen. Die Züchtungskonzerne dürfen nicht bis in alle Ewigkeit das geistige Eigentum auf Pflanzensorten besitzen.
- Gehen die Fördergelder für die sinnvollen erneuerbaren Energien an die Energie-



Georg Janßen

großkonzerne oder können sich bäuerliche Betriebe ein stabiles Standbein schaffen?

- Wir gründen gentechnikfreie Regionen und pochen auf unser Recht auf gentechnikfreie Erzeugung von gesunden Lebensmitteln. Oder soll die Gentechnik auf unseren Äckern flächendeckend durchgewunken werden?

Es wird spannend: Wer von den Parteien streitet mit uns für unsere Ziele, auf wen können wir in diesen Fragen bauen? Wer Veränderung will muss sich einmischen. Die AbL bleibt dran.

COPA-Präsident für Kürzung statt Kofinanzierung

CDU-Mann Böge für nationale Beteiligung an Direktzahlungen

Nach Worten ihres neuen Präsidenten akzeptieren die europäischen Bauernverbände (COPA) eher eine Kürzung der EU-Direktzahlungen, als dass diese Agrargelder nicht mehr vollständig aus der EU-Kasse, sondern zum Teil national kofinanziert werden. Das hat Rudolf Schwarzböck, Präsident des Österreichischen Bauernbundes und neuerdings der COPA klargestellt. Die Einführung der nationalen Kofinanzierung auch in der 1. Säule EU-Agrarpolitik bringe Wettbewerbsverzerrungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der EU mit sich, begründete er die Ablehnung.

Dabei ist sich Schwarzböck durchaus bewusst, dass die Alternative Kürzungen der Direktzahlungen sein werden, denn die Nettozahler unter den EU-Mitgliedstaaten drängen für die Jahre 2007 bis 2013 darauf, dass die EU weit weniger Geld ausgibt als von der EU-Kommission vorgeschlagen. Wenn Bulgarien und Rumänien neu in die EU aufgenommen werden und möglicherweise Reformen in weiteren Agrarmarktordnungen (z.B. Zucker) zu finanzieren sind, dann bleibt nur eine Kürzung der bisherigen Zahlungen.

Kofinanzierung

Der CDU-Agrarexperte Reimer Böge, im Europaparlament Vorsitzender des Sonderausschusses zur Finanzplanung der EU für 2007 bis 2013, schlägt als Ausweg vor, dass ein Teil der Direktzahlungen von den Mitgliedstaaten direkt getragen wird, wenn der Agraretat der EU nicht ausreichen sollte. Auch der AbL-Vorsitzende und Grünen-Europaabgeordnete Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf hatte sich mehrfach dafür ausgesprochen, die Kofinanzierung auch in der 1. Säule der EU-Agrarpolitik einzuführen. In der 2. Säule und den Strukturfonds ist sie Standard.

Graefe zu Baringdorf will damit vor allem für die 2. Säule Luft schaffen, der angesichts der Sparziele der Nettozahler große Einschnitte drohen. Der Bericht, den Böge nun durch den Ausschuss gebracht hat und der voraussichtlich am 8. Juni vom EU-Parlament verabschiedet werden soll, beschränkt das Instrument Kofinanzierung dagegen noch auf den Zweck, Zusatzbelastungen in der 1. Säule durch den Beitritt Rumäniens und Bulgariens abzufedern.



Reimer Böge

Weißbuch Ländliche Räume

Das Bundeslandwirtschaftsministerium will - gemeinsam mit Experten, Verbänden, Wissenschaft und Ländern - ein Weißbuch zur Situation und Zukunft ländlicher Räume erarbeiten. Damit soll die Diskussion zur künftigen Politik für ländliche Räume auf Bundesebene strukturiert und gebündelt werden. Ergebnis soll vor allem eine Strategie sein, wie die verschiedenen Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden können, die in ländlichen Regionen greifen. Zu Ende Juni hat der zuständige Unterabteilungsleiter im Ministerium, Wolfgang Reimer, ausgewählte Experten und Verbände zu einem zweitägigen Workshop eingeladen. Die dort geführte Diskussion könnte auch noch Auswirkungen auf die von der EU geforderte „Nationale Strategie zur Entwicklung ländlicher Räume“ haben, die möglicherweise noch vor der Sommerpause festgelegt werden soll.

rBST-Mangel bremst US-Milchmenge

Trotz stark gestiegener Erzeugerpreise für Milch in den USA im Jahr 2004 ist dort die Milcherzeugung nur moderat gestiegen. Ein Grund dafür ist laut ZMP, dass die US-Milchfarmer zwischen März und November 2004 nur halb so viel des gentechnisch hergestellten Rinder-Wachstumshormons rBST hätten kaufen können wie sonst. Zudem hätte der Anbieter des Hormons keine neuen Kunden aufgenommen. Der Einsatz von rBST (rekombiniertes bovines Somatotropin) ist in den USA erlaubt und verbreitet und steigert die Milchleistung der Kühe. Nach Presseberichten geht der Rückgang auf Probleme mit bakteriellen Verunreinigungen in den Produktionsstätten zurück. Demnach sind die Verunreinigungen bei behördlichen Kontrollen im österreichischen Werk von Sandoz Inc. aufgefallen. Sandoz stellt das Hormon im Auftrag für Monsanto her. Mittlerweile steigt der Absatz in den USA wieder. Die Anwendung von rBST ist in der EU verboten, nachdem es in den 90er Jahren breiten Widerstand gegen Zulassungsbemühungen gab. In Kanada ist rBST ebenfalls verboten. *uj*

Tomaten-Cent für Campesinos

Die amerikanische Landarbeitergewerkschaft CIW hat den Fastfood-Konzern Taco Bell gezwungen, für jedes Pfund Tomaten einen Cent mehr zu zahlen, um so die Hungerlöhne der Campesinos in den Tomatenplantagen Floridas zu erhöhen. Die spanischen Arbeiter verdienen mit 7.500 Dollar weit unterhalb der Armutsgrenze und werden oft schlecht behandelt. Mit dem Taco-Bell-Cent steigt ihr Lohn um 200 Prozent. Vor drei Jahren rief CIW zu einem Boykott der Fastfood-Kette auf, die ihren US-weiten Umsatz vor allem mit mexikanischen Gerichten macht und somit einer der größten Tomatenkäufer der USA ist. Taco Bell hatte zunächst behauptet, es könne nur eine branchenumfassende Regelung geben, verpflichtete sich aber dann doch dazu, den Cent zu zahlen und ihre Lieferanten zur Weitergabe an die Arbeiter vertraglich zu verpflichten. Erinnert das nicht ein bisschen an die Fair-Milch der Uphusener Molkerei? *en*

Brötchen und Kapitalismus

„Wenn 70 % der Bevölkerung den Kern der von SPD-Chef Franz Müntefering angestoßenen Kapitalismus-Debatte richtig finden, ist das eine ausgezeichnete Grundlage, um entsprechend zu handeln“, findet der neugegründete Bundesverband der Regionalbewegung. Handeln könne jede und jeder schon beim morgendlichen Brötchenkauf. Denn den gut 17.000 Bäckereien in Deutschland sei durch die inzwischen über 300 Discount-Bäckereien eine starke Konkurrenz erwachsen, die alle typischen Merkmale des Spannungsfeldes zwischen Globalisierung und regionalen Wirtschaftskreisläufen aufweise. Während die Produktion von Massenwaren, der internationale Einkauf von tiefgefrorenen Teiglingen und Rationalisierungen die Discountbäckereien kennzeichnen, bilde das Bäckerhandwerk derzeit noch jährlich über 30.000 Auszubildende aus. Da Discounter lediglich tiefgekühlte Teiglinge fertig backten und verkauften, gälten sie nach dem Gesetz als Händler und nicht als Produzenten. Die Bedienung der Backöfen erfordere inzwischen nur einen einzigen Knopfdruck, so dass Discountbäckereien Hilfskräfte anstellten, die gerade mal 20 Prozent der Gesamtkosten ausmachten. Bei den Bäckereien liege dieser Prozentsatz hingegen bei 40 Prozent. „Es ist nicht unanständig, für gutes Essen gutes Geld auszugeben, sondern sollte normal sein“, ermuntert Heiner Sindel, Vorsitzender des Bundesverbandes. *pm*



Nur wenige haben daran geglaubt, dass der Bullenpreis nach der Entkopplung um 50 Cent ansteigen würde. Foto: Niemann

Kurzes am Rande

Bullenpreise entkoppelt

Nach der Entkopplung der Prämien erholt sich der Preis

Die Entkopplung ist der Niedergang der Bullenmast in Deutschland. Überschuldete Betriebe vor dem Bankrott. Die Auswirkungen der BSE-Krise schienen dagegen fast ein kleines Übel gewesen zu sein. So haben der Deutsche Bauernverband und seine Landesverbände gegen die Entkopplung der Rinderprämien angeschrien, bevor sie mit der jüngsten EU-Agrarreform im Sommer 2003 auf EU-Ebene beschlossen war. Das Schreien ging auch danach weiter, weil die EU-Agrarreform den Mitgliedstaaten erlaubt, einen hohen Anteil der Rinderprämien von der Entkopplung auszunehmen und weiter an die Menge geschlachteter Tiere gekoppelt zu lassen. Frankreich und die Niederlande gehen diesen Weg der Teilentkopplung, und so sollte es auch Deutschland umsetzen, forderten Bauernverbands-Spitzen.

50 Cent mussten es sein

Zumindest aber sollten die Rinderprämien in voller Höhe den früheren Rindermästern zugesichert werden, denn die Sorge, die sie nach außen trugen, war, dass der Rindfleischpreis auf keinen Fall um einen halben Euro ansteigen werde, um den Verlust spezialisierter Bullenmäster durch ein regionales Umlegen der Bullenprämien auf die gesamte Fläche einer Region auszugleichen. 50 Cent je Kilo war der Betrag, den Wissenschaftler ausrechneten. Für die Bullenmäster machte sich der Bauernverband bei Bundesländern und Bundesministerium stark, und so wurde beschlossen, dass die Bullenprämie zumindest noch bis zum Jahr

von vorgestern klingen und etwas seltsam anmuten. Die Kurve der Preisentwicklung für Jungbullenfleisch der Klasse R3 stieg unmittelbar nach Auslaufen der gekoppelten Prämien und prämierechtlichem Vollzug der Entkopplung auf über 3,15 Euro/kg, und das bei einem langjährigen Mittel (BSE-Krisenzeit ausgenommen) von rund 2,50 Euro/kg.

Wie gesagt, das ist sehr erfreulich, denn Rindfleisch zählt zu den edelsten Fleischsorten. Erfreulich ist das aber auch, weil der Erzeugerpreis für Bullen (übrigens auch für Schlachtkühe und andere Klassifizierungen) nun wieder wesentlich näher an der Wahrheit der Erzeugungskosten liegt.

Prämie drückte Preis

Wissenschaftler der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) haben errechnet, dass von den bislang gekoppelten Rinderprämien nur 20 Prozent beim Bauern geblieben sind. Der Rest sei nicht „einkommenswirksam“, wie es hieß. Das bedeutet, der Preis ist um einen Betrag unterhalb der Erzeugungskosten gehalten oder gedrückt worden, der 80 Prozent der Rinderprämien entspricht. Die Schlachthöfe konnten sich sicher sein, dass sie auch bei solchen Preisen noch Schlachttiere angeliefert bekamen, weil die 20 Prozent, die von der Prämie beim Bauern blieben, noch gerade Anreiz genug waren, um nicht aus der Mast auszusteigen.

Die in Deutschland vollzogene vollständige Entkopplung der Rinderprämien hat dieser bisherigen Kalkulation der Fleischwirtschaft einen heftigen Strich durch die Rechnung gemacht. Ihr ist klar, dass viele Betriebe aus der Mast aussteigen würden, wenn die Preise auf altem Niveau blieben. Die Prämien wären den Bauern auch ohne Mast sicher, das ist ja gerade das Prinzip der Entkopplung der Prämien von der Produktion. Über den Preis entscheidet dann nicht mehr, ob eine Prämie gezahlt wird oder wie hoch diese ist, sondern der Markt. Und der Markt ist bei Rindfleisch schon einige Jahre nicht mehr von Überschüssen in der EU gekennzeichnet.

Die Schlachtbetriebe und Fleischvermarkter beklagen, dass sie den höheren Preis, den sie den Bauern seit März 2005 zahlen (müssen), nicht voll bei ihren Abnehmern (also nach oben!) weiterreichen können. Auch die Verkaufspreise im Handel sind bislang nicht in gleicher Weise angestiegen. Aber trotzdem gehen alle Marktbeobachter davon aus, dass der Erzeugerpreis nicht wieder dauerhaft unter 3 Euro fallen wird. Das wäre mal eine erfreuliche Nachricht.

2010 ganz bei den früheren Mästern bleibt, also betriebsindividuell und referenzzeitbezogen gezahlt wird.

Erfreulich ist nun die Entwicklung der Rindfleischpreise, so erfreulich, dass die Horrorszenerarien des Bauernverbandes wie

Etikettierungs-Kontrolle droht Rindfleisch zu verdrängen

Überbürokratie bei der Kontrolle der Rindfleisch-Etikettierung drängt regionales Rindfleisch aus den Theken. Die Kontrollbehörde BLE wehrt sich gegen den Vorwurf und betont den Verbraucherschutz. Der Streit geht jetzt vors Verwaltungsgericht

Die Rindfleischetikettierung ist auch ein Kind der BSE-Krise. Die 2000 in Kraft getretene EU-Verordnung soll zu einem lückenlosen Herkunftsnachweis vom Stall bis zum Ladentisch beitragen. Mehr Transparenz und Sicherheit sind ihre Ziele. Obligatorisch sind die Herkunftsangaben. Sie lassen sich kurz mit D-D-D-D beschreiben: „geboren in ...“, „gemästet in...“, „geschlachtet in ...“, „zerlegt in ...“.

Diese Kennzeichnung hat sich rasch und weitgehend durchgesetzt. Sollte „irgendwann“ „irgendwie“ mal „etwas“ vorkommen, dann lässt sich mit Hilfe dieses Systems zumindest die Chargennummer ermitteln und damit die Frage klären, welche Gruppe Bauern am besagten Tag Schlachthof XY mit Rindern beliefert hatte, deren Fleisch nun in der Ladentheke ausliegt.

Freiwillig mehr?

Anlass für die nun anstehenden gerichtlichen Auseinandersetzungen ist die sogenannte „freiwillige“ Kennzeichnung. Alle zusätzlichen

Angaben zu Kategorie (Jungbulle, Ochse etc.), Fütterungs- und Haltungsbedingungen, Rasse und weiteren Qualitätseigenschaften bedürfen einer besonderen Genehmigung durch die für die Durchführung zuständige Behörde, in Deutschland die Bundesanstalt für Ernährung (BLE). Und diese nimmt es nun ganz genau.

Zu einer freiwilligen Etikettierung haben sich inzwischen über 300 Systeme angemeldet, 250 davon sind aktiv in der Fleischvermarktung. Alle Markenfleischprogramme, ob von der Norddeutschen Fleischzentrale NFZ und von Edeka oder lokale Regionalvermarktungsinitiativen müssen ein Etikettierungssystem vorlegen und genehmigen lassen. Die Umsetzung des Systems unterliegt einer laufenden Überwachung durch Kontrollinstitute, die wiederum von der BLE akkreditiert sein müssen. Damit unterliegt jede Werbeaussage, ob zur regionalen Herkunft, Fütterung oder Haltung (z. B. „Weidehaltung“, „Strohhaltung“), der Genehmigungspflicht. Jede Abweichung von den genehmigten Begriffen wird als Verstoß und als Straftatbestand (nach § 10, mit bis zu einem Jahr Gefängnis strafbewährt) begriffen. Auch wenn die Begriffe selbst genehmigt sind, muss jeder neue Werbeprospekt, jeder Flyer oder Deckenhänger der Behörde vorgelegt werden. Jede

neue Werbemaßnahme ist neu genehmigungspflichtig.

Jedes Wort genehmigen

Beanstandet wurde teilweise bereits die Nennung von Anschrift und Name der Schlachtstätte oder deren Internet-



Aus Protest gegen die Genehmigungspraxis der Bundesanstalt hat der Deutsche Fleischerverband seinen Mitgliedern empfohlen, auf den Etiketten keine freiwilligen Zusatzinformationen mehr zu geben.

Foto: Jasper

adresse auf dem Etikett. Die BLE sah darin eine im Rahmen der freiwilligen Etikettierung stehende genehmigungspflichtige Herkunftsangabe. Beanstandet wurde sogar die Nennung des Mindesthaltbarkeitsdatums.

BLE-Mitarbeiter Raddatz zählt 220 der 250 aktiven Etikettierungs-„Systeme“ zu den kleineren Rindfleischanbietern. Im Rahmen einer Erhebung von Markenfleischprogrammen im Sommer 2004 wurde deutlich, dass viele Markenfleischprogramme noch in der Genehmigungsphase hängen. Das Fleisch darf nicht mit der Marke ausgelobt werden, und dennoch muss der Verkauf weitergehen. Da die Verfahren sich teilweise über Jahre ziehen, sind die Beteiligten verunsichert und demoralisiert.

Fleischer steigen aus

Besonders betroffen ist das Fleischerhandwerk. In diesem Frühjahr, nachdem die BLE die Kontrollen verstärkt hatte und die Metzger dazu aufforderte, mehrmals in der Woche eine Eigenkontrolle der Bedientheken durchzuführen und diese zu dokumentieren, empfahl der Deutsche Fleischerverband seinen Mitgliedsbetrieben den Ausstieg aus der freiwilligen Etikettierung. Auch der Deutsche Raiffeisenverband kritisiert den Übereifer der BLE-Kontrolleure. Ein

„Mitgestaltungsanspruch“ der BLE bei der inhaltlichen Ausgestaltung von Markenfleischprogrammen wird abgelehnt. Herr Raddatz, Leiter der Abteilung „tierische Erzeugnisse“ in der BLE, erwidert, die ganze Etikettierung mache nur dann Sinn, wenn man sie aus Sicht der Verbraucher und nicht aus Sicht der Vermarktung sehe.

Nun legte Raddatz sich mit den Betreibern der QS-Qualität und Sicherheit GmbH an. Da unter anderem die QS-GmbH sich weigerte, Ergebnisse betrieblicher Kontrollen an die BLE weiterzuleiten, und damit verhinderte, dass die BLE aufgrund der Daten entsprechende Strafverfahren gegenüber den betroffenen Landwirten einleiten konnte, darf seit Januar 2005 QS-Rindfleisch gegenüber dem Verbraucher nicht mehr ausgelobt werden. Eingeschaltet in den Streit wurde inzwischen auch die Europäische Kommission. Die „offenen Punkte“ werde man, so der Verband der Fleischwirtschaft (VDF), Gesellschafter von QS, verwaltungsgerichtlich klären.

Offene Fragen

Grundsätzliche Fragen bleiben offen: Wie viel Sicherheit und Kontrolle braucht der Verbraucher? Muss jedem Landwirt, jedem Metzger mit Misstrauen begegnet werden? Darf es im Zeitalter der staatlich kontrollierten Sicherungssysteme, die eine Entgrenzung der Märkte ermöglichen und absichern, noch so altmodische Dinge geben wie persönliches Vertrauen und Eigenverantwortung?

Erinnern wir uns. Die Rindfleisch-Etikettierungsverordnung sollte das verlorene Vertrauen bei den Verbrauchern wieder herstellen.

Wenn dieser Weg des Verbraucherschutzes jedoch konsequent zu Ende gegangen wird, werden wir dann nur noch die verpackten und damit leicht zu kennzeichnenden Fleischpäckchen bei Lidl und Rewe kaufen können? Die derzeitige Umsetzung zumindest droht in diese Richtung zu laufen.

Andrea Fink-Keßler

„Auf jeder Roulade ein Etikett“

Hugo Gödde, Geschäftsführer der NEULAND West GmbH, zur Kontrollpraxis der BLE

Neuland musste sich seine Rinder-Richtlinien und Werbeaussagen von der BLE genehmigen lassen. Welche Erfahrungen haben Sie damit gemacht?

Uns war zunächst untersagt worden, den Begriff „tiergerecht“ zu verwenden. Nach langen Diskussionen wurde uns genehmigt, unser Fleisch mit „besonders artgerecht“ zu kennzeichnen, mit allen Konsequenzen der Genehmigung und Kontrolle einzelner werblicher Aussagen. Dennoch: Im Prinzip finde ich es richtig, dass kontrolliert wird. Angesichts des sich polarisierenden Marktes, nicht nur im konventionellen Bereich (Stichwort Lidl), sondern auch bei bio, wird es schon aus Imagegründen immer wichtiger, mit Zusatzqualitäten zu werben. Wir sind darauf angewiesen, zur regionalen Herkunft, zu Fütterung, Haltung Aussagen zu machen, um uns vom Billigangebot abheben zu können. Aber: Wer kontrolliert das? Wir haben staatliche Vorgaben im Biobereich und bei Eiern. Schon im Geflügelbereich wird nicht kontrolliert, obwohl die EU-Vermarktungsnorm für Geflügelfleisch klare Vorgaben macht, mit welchen Begriffen geworben werden darf und unter welchen Voraus-

setzungen. Der Verbraucher muss vor Täuschung geschützt werden.

Nun kontrolliert die BLE, und das Fleischerhandwerk wehrt sich. Will man bewusst in der Grauzone bleiben?

Das würde ich so nicht unterstellen, gleichwohl auch wir in der Vergangenheit immer wieder Erfahrungen machen mussten, dass ein Metzger damit wirbt, dass die Tiere vom Bauern kommen und tatsächlich holt er das Fleisch vom Schlachthof und der Schlachthof holt die Tiere vom Bauern. Oder es werden fünf Schweine direkt vom Hof genommen und die restlichen Kotelettstränge vom Schlachthof. Es ist schon richtig, dass jetzt genauer hingeschaut wird. Die entscheidende Frage ist das „Wie“. Es darf nicht zu einer Überbürokratisierung kommen, die dem Verbraucher nichts nützt, dem Metzger aber viel Arbeit und Kosten verursacht. Es muss nicht auf jeder Roulade ein Etikett mit der Chargennummer irgendeines entfernten Schlachthofes kleben. Damit gewinnt man kein Vertrauen der Verbraucher, drängt aber den Metzger mit zusätzlicher unbezahlter Arbeit aus dem Beruf. *AFK*

Gemeinsam gegen Rechts



Bauernwiderstand gegen Rechtsextremismus

Foto: Kühn

Im April 2004 kaufte der einschlägig bekannte und vorbestrafte rechtsextreme Anwalt Jürgen Rieger den Heisenhof bei Dörverden, Landkreis Verden/Aller. Seinen Angaben nach plant er, dort Fruchtbarkeitsforschung zu betreiben, um kinderlosen, natürlich deutschen (blonden, blauäugigen) Familien zu Nachwuchs zu verhelfen. Längst ist jedoch öffentlich bekannt, dass auf dem Heisenhof das europaweit größte Neonazi-Tagungszentrum entstehen soll. In und um Dörverden formiert sich der Widerstand, der von einem breiten Bündnis quer durch alle Bevölkerungsschichten getragen wird. Seit Herbst 2004 finden regelmäßig die so genannten „Sonntagsspaziergänge“ zum Heisenhof statt; der nächste ist für den 19. Juni geplant.

Wer mehr wissen oder das Bündnis unterstützen möchte, kann sich im Internet informieren: www.heisenhof.info

Bananenbauern im Hungerstreik

58 nicaraguanische ehemalige Arbeiter auf Bananenplantagen sind Ende April in den Hungerstreik getreten. Mit ihnen campieren fast 7.000 Menschen in der Hauptstadt Managua nahe dem Parlamentsgebäude, berichtete die taz. Sie fordern eine Entschädigung für ihre Gesundheitsschäden, die auf den Einsatz des Schädlingsbekämpfungsmittels Nemagon zurückzuführen sind. Nemagon basiert auf dem Wirkstoff Debromochloropropane (DBCP), der von der Weltgesundheitsbehörde WHO mittlerweile als extrem gesundheitsschädlich eingestuft wurde. In den USA ist Nemagon laut taz seit 1979 verboten. Doch während Dow Chemical oder Shell Oil die Produkte in den USA vom Markt genommen hätten, setzten Firmen wie Del Monte oder Chiquita diese in Zentralamerika weiterhin ein. Experten schätzen, dass 22.000 „Nemagon-Arbeiter“ an den Spätfolgen leiden. Die Demonstranten in Managua fordern neben einem Entschädigungsgesetz das Verbot des Einsatzes. pm

Endlager in Gorleben wahrscheinlicher

Am Mittwoch, den 4. Mai, beschloss das Bundeskabinett auf Vorschlag von Jürgen Trittin eine sogenannte „Veränderungssperre“ für den Gorlebener Salzstock. Das bedeutet, dass Arbeiten in tiefen Schichten des Erdreiches untersagt sind. Konkret verboten wurde somit der Salzabbau, den die Salinas Salzgut GmbH seit fast einem Jahrzehnt plant, um das Endlager in Gorleben zu verhindern. Wie die taz berichtete, ist die Veränderungssperre ein Teil des Atomkonsens, den die Bundesregierung und die AKW-Betreiber bereits vor 5 Jahren aushandelten. Der viel wichtigere Teil dieses Konsens aber, nämlich die bundesweite Suche nach Alternativen zu Gorleben, hat bisher nicht stattgefunden und ist auch nicht in Sicht. Parteikollegen von Trittin kritisierten die Veränderungssperre. Ohne die versprochene neue Endlagersuche sei sie ein falsches politisches Signal und bringe ein zentrales Glaubwürdigkeitsproblem mit sich, sagte die Grünen-Landesvorsitzende Brigitte Pothmer. Auch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg zeigte sich tief enttäuscht. Mit der Verordnung werde Gorleben ohne Not als Endlagerstandort zementiert, so ein Sprecher. Die Salinas Salzgut GmbH bereitet sich auf einen Rechtsstreit gegen die neue Verordnung vor. pm

Aufruf

SOLIDARITÄTSFONDS BODEN

Liebe Berufskollegen und -kolleginnen,

die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V. und die Interessengemeinschaft Boden werden die ungerechte Flächenvergabepraxis der BVVG nicht hinnehmen, weil sie eine schwerwiegende Wettbewerbsbenachteiligung für die bäuerliche Landwirtschaft in Ost- und Westdeutschland bedeutet. Mit der Flächenvergabepraxis sind 3.000 bis 4.000 Großunternehmen durch verbilligte Pacht und Kauf mit 5 bis 7 Mrd. Euro subventioniert worden. Gegen diesen Wettbewerbsvorteil können sich bäuerliche Betriebe in Deutschland nicht behaupten weil wenige ostdeutsche Großbetriebe in die Lage versetzt werden, Nahrungsmittel sehr viel billiger anzuhalten als andere. Wir haben sowohl alle politischen Parteien als auch die BVVG auf diese Situation wiederholt aufmerksam gemacht und auf Korrekturen gedrängt. Mit einem Kartell des Verschweigens, Verdrängens, Abwiegeln und des Vertuschens hat man versucht, möglichst viel Gras über die vielen Ungerechtigkeiten wachsen zu lassen. Nicht mit uns! Wir werden mit einem Musterpro-

zess vor dem Landgericht Berlin den Klageweg gegen die BVVG beschreiten, um auf diesem Wege vielen Bäuerinnen und Bauern zum Recht zu verhelfen und eine gerechtere Flächenvergabepraxis politisch durchzusetzen. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und die Interessengemeinschaft Boden werden den klagenden Berufskollegen Franz-Joachim Bienstein aus Martensdorf (MeckPom) finanziell in diesem Musterprozess unterstützen.

Da das Klageverfahren sehr hohe Kosten verursacht, rufen wir dazu auf, dass viele Berufskollegen in ganz Deutschland dieses wichtige Verfahren unterstützen und einen Betrag ab 50,- Euro in den Solidaritätsfonds Boden einzahlen.

Wenn der Prozess gewonnen wird, erhalten die Kollegen den eingezahlten Betrag plus Zinsen zurück. Geht das Verfahren verloren, verfällt der Anspruch auf den eingezahlten Betrag.

Alle einzahlenden Berufskollegen erhalten eine Erklärung über den eingezahlten Betrag sowie aktuelle Prozessinformationen über die „Bauernstimme“.



Foto: Schimpf



Ja, ich unterstütze das Klageverfahren Bienstein gegen die BVVG und zahle den Betrag in Höhe von _____ Euro auf das Solidaritätskonto IG-Boden, VR-Bank e.G. Güstrow, BLZ: 140 613 08, Konto-Nr.: 223 96 63.

Name _____

Adresse _____

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung. Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir angegebenen Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. _____ BLZ _____

Bank _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte senden an: AbL-Bundesgeschäftsstelle, Georg Janßen, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131-40 77 57, Fax: 04131-40 77 58

Wie oft schon ist uns dieser fassungslose Gesichtsausdruck begegnet in dem Moment, wo wir uns einem Gegenüber als Bauern vorstellen: mit Kühen, die man zweimal täglich 365 Tage im Jahr melken muss. „Dann könnt ihr ja nie in Urlaub fahren!“

Ja, In-Urlaub-Fahren ist tatsächlich nicht so einfach – dank unserer tüchtigen Kinder ist inzwischen schon mal ein freies Wochenende drin –, was nicht heißt, dass wir keinen Urlaub machen. Urlaub – das heißt Zeit zum Abschalten und Auftanken – gestaltet sich bei uns in einem anderen Schema, als dies heute für normal erachtet wird. Das biblische Prinzip, 6 Tage zu arbeiten und am Sonntag zu ruhen, versuchen wir nach Möglichkeit einzuhalten. So sind

mir gerade sonntägliche Gottesdienste wichtige Oasen.

Auch der Jahreslauf gibt uns einen Rhythmus von intensiverer Arbeit im Sommer und den erholsameren Wintermonaten. Doch selbst im Sommer finden sich Gelegenheiten für spontane Unternehmungen, Begegnungen mit Freunden, intensive Gespräche am nächtlichen Gartenfeuer – Urlaubszeiten, die wir nicht Monate im Voraus planen und genehmigen lassen müssen. Die Frage ist: Gibt es ein absolutes Maß dafür, wie viel und welche Art von Urlaub ein Mensch braucht? Kann man Urlaub überhaupt mit Erholung gleich-

setzen? Bestenfalls wohl schon, aber nach meinem Eindruck ist bei vielen Menschen der Urlaub auch mit viel Stress verbunden (Autofahrt, schlechte Betten, fremde Umgebung, Ärger in der Familie usw.). Ich habe es mir abgewöhnt, Menschen zu beneiden, weil sie drei Wochen des Jahres im Ausland zubringen können, während ich ihre restlichen 49 Wochen des Jahres absolut nicht beneidenswert finde.

Da lobe ich mir unseren Urlaub auf dem Bauernhof, unsere kleinen Oasen während der Arbeit: lauthals singen beim Melken, Gedanken sortieren oder Gespräche mit Gott während monotoner

Feldarbeiten, nach Belieben ein Mittagschläfchen halten, die Natur genießen, die Arbeit für ein Schwätzchen unterbrechen können ...

Und während ich sehr früh am Morgen, wenn das ganze Dorf noch schläft, in meiner kleinen Backstube ungestört vor mich hin arbeite und mir eben jene Gedanken aus dem Kopf sprudeln, die ich dann auf einen eilig herbeigekramten Zettel kritzele, währenddessen stellt sich in mir so ein Gefühl von Ruhe ein, um das mich vielleicht sogar manch ein weitgereister Urlauber beneiden würde.

Annemarie Duske

Urlaub auf dem Bauernhof



Junges Gemüse in kleinen Scheibchen

Meistens sind die kleinen Schritte ja die besseren. Wir wagen nun einen größeren und bauen ein Haus. Mal keins aus Folie, nicht zur Gemüseproduktion geeignet und doch mitten auf dem Acker. So ein schickes Holzhaus nur für uns und unsere drei Töchter. Das heißt, wir mussten zuerst eine

Menge an Bürokraten, alt gedienten Kammerobersten und weiß-Gott-wen von der Zukunftsfähigkeit unserer Gärtnerei überzeugen, die nun eben in keines ihrer Raster passte: Ohne Eigenland, mit starker Betonung auf der Direktvermarktung ... Aber dicke Bretter zu bohren zeichnet ja die AbLer aus.

Nach acht Jahren Betriebsentwicklung fernab der alten süddeutschen Heimat war uns klar, dass unser Platz hier in Rittmarshausen ist. Mit dem Umzug unseres Lieferservices in neue Räumlichkeiten haben wir Ende Februar mitten im Dorf auch einen Naturkostladen eröffnet. Die Resonanz auf der Einweihungsfeier war überwältigend. Das halbe Dorf war da – neugierig seit jeher auf das, was die Bios da so machen. Der Lämmerstreichelzoo war fest in der Hand von an die hundert Kindern. Die Feuerwehr löschte zur Abwechslung mal mit Lammsbräu und Pinkus. Der ortsansässige Cateringservice zeigte, was man aus Gemüse alles zaubern kann. Und der Bürgermeister sprach ein paar wohlgemeinte Worte von unternehme-



Betriebsspiegel

Bioland-Betrieb in Mittelhessen
41 ha LN, davon 11,5 ha Grünland
Anbau: Winterweizen, Dinkel, Roggen, Kleegrass
16 Milchkühe mit Nachzucht
350 Hühner
Getreideverarbeitung in der eigenen Hofbäckerei
Käsehandel
Vermarktung ab Hof und am eigenen Marktstand
4 Teilzeit-Mitarbeiterinnen

Die Familie besteht aus:
Annemarie, Sozialarbeiterin, seit der Geburt des ersten Kindes Allround-Frau auf dem Hof
Uwe, Landwirtschaftsmeister und Computerfreak
Martin, z.Zt. Zivi in Afrika, wegen seiner handwerklichen Fähigkeiten wird er dort „Ingenieur“ genannt
Sonja, noch Schülerin, will Tiermedizin studieren
Felix, beginnt im Sommer eine landwirtschaftliche Lehre

Betriebsspieglein

BIOLAND-MännerGbr
mit zwei Gesellschaftern
(www.roteruebe-schwarzerrettich.de),
zwei Gärtnerinnen und einer Auszubildenden
2,5 ha Intensivgemüsebau mit 30 Kulturen eigener Jungpflanzenanzucht
2.000 m² Folienhäuser
5 ha Grünland/Streuobstwiesen mit fünfköpfiger Mutterkuhherde
Vermarktung: ein Wochenmarkt, eigener Lieferservice mit Naturkostladen in Kooperation mit benachbartem Gärtner und mit drei Festangestellten
(www.lotta-karotta.de), Naturkostgroßhandel und zwei Einzelhandelsgeschäfte in Göttingen

rischem Mut in schweren Zeiten. Was wollen wir also mehr? – Gerechte Preise für hochwertige Lebensmittel. Und das noch lange! Auch der Bio-Gemüsebau ist längst aus der Nische herausgewachsen (worden). Die Preise für viele feldmäßig angebaute Sorten wie Kartoffeln, Möhren und Sellerie sind am unteren Limit, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann dieser Preisdruck auch die anderen Gemüsearten erreicht. Wir versuchen, mit besonderen Qualitäten und entsprechender Vermarktung gegenzuhalten – und gleichzeitig die Notwendigkeit fairer Preise zu vermitteln.

Zumal wir nur mit fest angestellten, gut bezahlten heimischen Mitarbeiter/innen arbeiten, unser Handelsdünger aus Bioland-Ackerbohnschrot besteht und unsere Mutterkuhherde mit für die not-

wendigen Kreisläufe sorgt. Fast schon wieder exotisch im Bio-Gemüseanbau. Aber für uns der einzige Weg, um langfristig überzeugend biologisch zu wirtschaften.

Und die Kinder? Machen, was sie wollen. Wollten wir ja auch so. Wenigstens ist Treckerfahren attraktiver als Gameboyspielen, Kuhscheiße stinknormal und sie essen zumindest vieles an Gemüse gerne – einzige Bedingung: roh verzehrbar. Hat ja schließlich auch genügend zu bieten, so ein Hof: Kühe schlachten, Gurken pflanzen, Trecker fahren und jetzt auch noch einen Laden, wo es auch all die schönen süßen Dinge in der Bio-Variante gibt: Krümelmonsterkekse, Gummibärchen, Schokolade und einiges mehr.

Andreas Backfisch

„Wir wollen gentechnikfreie Molkerei sein“

Erste gentechnikfreie Milch ab Juni im Handel. Upländer Bauernmolkerei und Milcherzeugergemeinschaft Sauerland wagen den großen Sprung

Frankreich: Mindestpreis offen

Am 27. April hatten sich die Vertreter der französischen Interprofession getroffen, um den Empfehlungsmilchpreis für das neue Trimester festzulegen. Sie kamen jedoch zu keiner gemeinsamen Entscheidung. So wurde das Milchpreisabkommen vom September letzten Jahres, das eine Senkung des Milchpreises um 4,36 Euro je 1.000 l im Vergleich zum Vorjahr beinhaltet, weder aufgehoben noch offiziell bestätigt. Soodial und Lactalis, die beiden jeweils größten Vertreter der genossenschaftlichen und privatwirtschaftlichen Molkereien, zahlten ihren Produzenten noch 3 Euro weniger, also insgesamt 7,36 Euro je 1.000 l weniger als im Vorjahr. Die Jungen Landwirte reagierten prompt: Am 18. Mai waren 50 Vertreter aus ganz Frankreich bei Soodial und brachten ihre Forderungen vor: „Soodial muss das Milchpreisabkommen vom September 2004 respektieren.“ Auch die Confédération Paysanne geht weiter an die Öffentlichkeit mit ihrer Forderung, die Milchpreisempfehlung auf der Basis der Produktionskosten festzulegen und das Milchmengenangebot an die Nachfrage anzupassen.

sk

Für neue Wege steht die Upländer Bauernmolkerei seit ihrer Neugründung vor neun Jahren. Gemeinsam mit einer Milcherzeugergemeinschaft (MEG) aus „konventionellen“ Milchbauern bringt sie im Juni nun die erste gentechnikfreie Milch auf den deutschen Markt, die den raren Aufdruck „ohne Gentechnik“ trägt.

Was kaum jemand für machbar hielt, wagt diese neue Kooperation. Ab Juni werden Verbraucher in Hessen, Bayern, Thüringen und Südniedersachsen die neue Trinkmilch bei der Supermarktkette Tegut im Regal finden. „Wir wollen eine gentechnikfreie Molkerei sein, nicht nur bei den 70 Prozent Bio-Milch, die wir verarbeiten“, fasst Josef Jacobi, Chef der Molkerei, die Beweggründe zusammen. So entstand die Idee, auf gentechnische Futtermittel auch bei der konventionellen Milch zu verzichten, und diese besondere Qualität dann auf der Packung der Trinkmilch auch zu bewerben.

In den 14 Monaten zwischen dem Beschluss und der Markteinführung haben die Bauern und die Molkerei immer neue Hürden überwunden. Als möglicher Partner kam jene MEG aus der Nähe in Frage, die sich im Jahr 2000 aus Protest gegen die Einführung von Staffelpreisen bei der Tuffi-Molkerei (heute Campina) gegründet hatte, dort damals geschlossen gekündigt hatte und aus rund 40 Milchbauern im Sauerland besteht. Rasch wurden Verhandlungen mit der MEG aufgenommen und von Molkerei und MEG erste Kontakte zu Futtermittelwerken geknüpft. Als es konkret wurde, zogen zunächst einige Futtermittelwerke ihre Angebote zurück und mussten noch mal überprüfen, ob das Nebeneinander von gentechnischem und herkömmlichen Sojaschrot in einem Werk nicht zu riskant ist.

„Neuartige Lebensmittelverordnung“

Lange vor der Einführung der Kennzeichnungspflicht regelte diese Verordnung, wie auf der Lebensmittelverpackung der Verzicht auf Gentechnik beworben werden darf. Unter der Regie des damaligen Gesundheitsministers Seehofer entstanden, schreibt die Verordnung bei Lebensmitteln tierischen Ursprungs vor, dass in den Futtermitteln weder gentechnische Bestandteile noch mit Hilfe von Gentechnik hergestellte Zusatzstoffe wie Vitamine oder Aminosäuren eingesetzt werden dürfen. Ebenfalls verboten sind mit Hilfe von Gentechnik hergestellte Medikamente. So gibt es zwar Rapsöle, die den Aufdruck „ohne Gentechnik“ tragen, doch bislang keine Milch- oder Fleischprodukte. Geworben werden darf ausschließlich mit dem Ausdruck „ohne Gentechnik“, andere Formulierungen wie gentechnikfrei sind verboten. ms

Dann kam die Frage, mit welcher Aussage auf der Packung geworben werden soll und darf: eine Formulierung sperriger als die andere, und die meisten werfen für Verbraucher mehr Fragen als Antworten auf: „Ohne gentechnische Pflanzen im Futter“. Und irgendwie muss der Verzicht ja auch dokumentiert und kontrolliert werden.

„Ohne Gentechnik“

Ein Fachanwalt riet der Geschäftsführerin der Molkerei, Karin Arzt-Steinbrink, zu dem großen Sprung: Bevor mit halblegalen oder unerklärlichen Werbesprüchen geworben werde, solle das ehrgeizige Ziel, schlicht „ohne Gentechnik“ auf die Packung zu schreiben, angegangen werden. Doch das erschwert die so genannte Neuartige Lebensmittelverordnung, von der bösartige Zungen behaupten, sie sei dafür gemacht, dass kein Produkt den Aufdruck „ohne Gentechnik“ trägt. Denn sie verbietet nicht nur den Einsatz von gentechnischem Sojaschrot und von Vitaminen, die mit Hilfe von Gentechnik hergestellt werden. Selbst bei Medikamenten ist der Ein-

satz gentechnischer Verfahren in der Herstellung verboten.

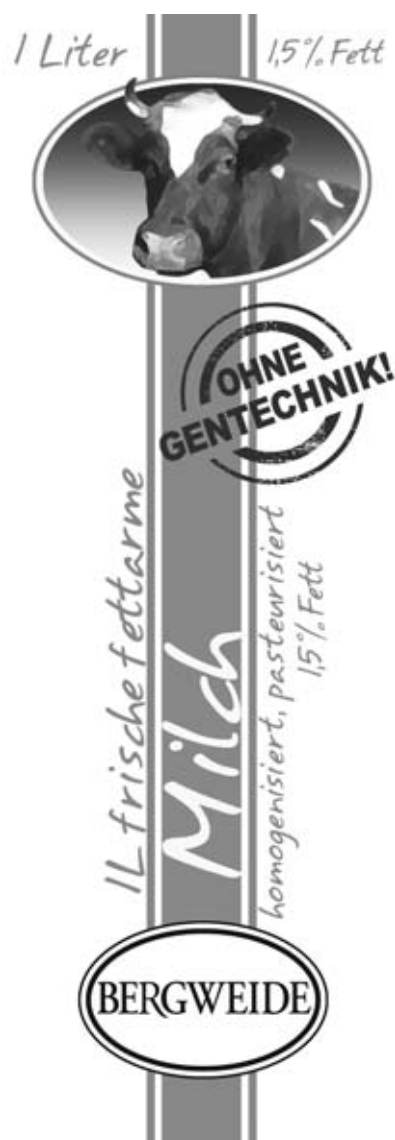
Aber die Molkerei ging es an, erarbeitete gemeinsam mit den Bauern und den Futtermittelwerken Listen von erlaubten Futtermitteln. Mit einem Futtermittelwerk wurde wochenlang getestet, dass auch wirklich keine gentechnischen Verschleppungen in dem Milchleistungsfutter aufzufinden sind.

Pioniere gleich mehrfach

Da es die erste Milch „ohne Gentechnik“ sein wird, gibt es auch keinerlei Erfahrungen bei Molkereien, wie eine Kontrolle organisiert werden kann. In Zusammenarbeit mit der Bio-Kontrollstelle entwickelte die Geschäftsführerin auch dafür ein Konzept. Pionierin bei der Auslobung, Pionierin bei der Kontrolle und optimistisch bei der Vermarktung. Neben dem Abnehmer Tegut gibt es auch erste Gespräche mit der weiterverarbeitenden Lebensmittelindustrie. Für die Bauern der Milchliefergemeinschaft Sauerland ist die gentechnikfreie Milch ein neuer Ansatz, ihre Milch als hochwertiges Lebensmittel mit zusätzlicher besonderer Qualität zu verkaufen. Nicht nur für die Molkerei waren die Hürden hoch: neue Verträge, viel Papiere zum Ausfüllen, damit auch alles sauber dokumentiert ist, neue Wünsche von der Kontrollstelle, was noch geändert werden muss. Ohne Ausdauer und Überzeugung, dass der Weg richtig ist, wären Molkerei und MEG nicht so weit gekommen.

Das Ergebnis

Angeboten wird nun eine Trinkmilch und fettarme Milch der Marke „Bergweide“, mit dem Aufdruck „ohne Gentechnik“. Preislich liegt die Milch zwischen der konventionellen und der Bio-Milch. Die Bauern bekommen für die Mehrkosten in der Fütterung und der Dokumentation einen Aufpreis bezahlt, der bei zunehmendem Absatz steigt. Die Kontrolle zahlt die Molkerei alleine. Viele Molkereien und die Molkereiverbände hatten Anfang des Jahres demonstrativ ausgeschlossen, dass ein Verzicht auf gentechnische Futtermittel machbar sei. Der Milchindustrieverband schrieb all seine Mitglieder an und telefonierte die Molkereien durch, um Gegendruck gegen eine Greenpeace-Kampagne auszuüben. Die Upländer Bauernmolkerei überlegte eigenständig, was möglich ist. Geschäftsführerin Arzt-Steinbrink: „Wenn es Verbraucher gibt, die wie wir lieber eine gentechnikfreie Milch wollen, und es auch funktioniert, warum sollten wir diese Nachfrage nicht versuchen zu bedienen?“ Nun gibt es sie also zu kaufen, die erste gentechnikfreie Milch in Deutschland. ms



Ein viel sagender Stempel.

Ein Gefühl von Ohnmacht macht sich bislang breit, wenn über die Macht der Lebensmittelhandels-Konzerne gesprochen wird. Die Bahn verkauft bei Lidl in zwei Stunden eine Million Fahrkarten. Billig boomt. Gegen diesen Trend scheint kein Kraut gewachsen.

Doch wie ist der Handel strukturiert? Wo gibt es Möglichkeiten, andere Wege einzuschlagen oder Druck auf die Konzerne auszuüben?

Eckehard Niemann plädiert für ein mehrgleisiges Vorgehen von Bauern, Verbrauchern, Gewerkschaften und zeigt auch der Politik Handlungsmöglichkeiten auf.

Ein Einzelhändler aus Bremen zeigt, dass er auf eine andere Strategie als „billig“ setzt. Wie er sich abhebt, sagt er im Interview.



Höhere Erzeugerpreise gegen geballte Marktmacht

„Wahnsinnstage bei real“ – unter diesem Motto hat der Metro-Konzern über seine Tochterfirma real einen Liter Milch für 33 Cent verschleudert, begleitet von massiven Bauern-Protesten. In der Tat ist es der pure Wahnsinn, wie da mit unseren Lebens-Mitteln umgegangen wird

Erstmal lohnt ein Blick auf die unterschiedliche Struktur, die die verschiedenen Unternehmen des Lebensmittelhandels heute noch immer aufweisen:

Nach Übernahme der SPAR ist die Edeka die umsatzstärkste deutsche Handelsgruppe. Bei der Edeka gibt es noch

viele selbständige Kaufleute, die ihre Supermärkte in eigener Regie und auf eigene Rechnung führen. Sie haben sich lediglich zum Bezug von Waren über die Edeka-Zentrale verpflichtet, die für die ganze Gruppe gemeinsam „im Großen“ bei der Ernährungsindustrie einkauft (und bei vielen Waren wegen der

bundesweiten Werbung den Verkaufspreis vorgibt). Diese selbständigen Kaufleute dürfen daneben aber auch Spezialitäten, Ökoprodukte oder regionale Produkte in die Regale stellen (auch von Bauern oder kleineren Firmen).

Selbständige bei Edeka, Rewe und Spar

Viele Händler schaffen so eine „Kundenbindung“ durch ein breites und attraktives Sortiment (siehe Interview, Seite 12). In diesen Läden stehen oft der Chef selbst und ein beratungskompetentes Personal.

Daneben gibt es auch in der Edeka-Gruppe die sogenannten „Regie-Betriebe“, deren bundesweite Filialen straff nach einheitlichen Regeln von Filialleitern betrieben werden. Sie versuchen zwar auch über Frische-Theken und Shop-in-shops von Bäckern und Metzgern eine eigene Profilierung, wenden sich aber doch vor allem über den Preis an die Kunden – und stehen damit in direkter Preis-Konkurrenz zu anderen Läden und Discountern. Ähnlich wie die Edeka ist die Rewe-Gruppe (und früher auch SPAR) entstanden und strukturiert.

Regie- und Filialsysteme

Auf der anderen Seite stehen die Handelskonzerne, die nach striktem Filialsystem aufgebaut sind und die fast ausschließlich über den Preis Kunden locken. Hierzu gehören die Metro-Gruppe und Tengelmann. Das knappe Personal

ist zumeist relativ schlecht bezahlt, fluktuiert häufig und ist wenig geschult, Beratung ist Mangelware. Bei den „Discountern“ (Lidl, Aldi) kommt hinzu, dass es im ohnehin schmalen Sortiment innerhalb einer Warengruppe kaum Auswahl gibt. Teurere Markenprodukte fehlen zumeist, es gibt konzerneigene „Handelsmarken“, unter deren Mantel dann die jeweils billigsten Hersteller ausgewählt werden.

Woher kommt der Preisdruck?

Der Spruch von der „Marktmacht der Handelsketten“ trifft insofern zu, dass diese jeweils ein großes Umsatzvolumen im Einkauf bündeln, nur noch Massenerzeuger berücksichtigen und ihren Lieferanten bei den knallharten „Jahresgesprächen“ erpresserisch niedrige Preise, Sonderkonditionen und Extra-Rabatte abhandeln.

Aber eine „Marktmacht“ aufgrund von Größe wäre nur dann gegeben, wenn die Konzentration dieser Handelskonzerne bereits zu einem Monopol geführt hätte oder zu einem Oligopol, in dem wenige ihre Preise untereinander absprechen und ihre Märkte aufteilen. Genau das aber ist nicht der Fall: Die Preiskonkurrenz in diesem Bereich ist so mörderisch wie in kaum einem anderen Wirtschaftssektor. Die deutschen Handelsrenditen sind so niedrig, dass der deutsche Markt für ausländische Handelskonzerne (Carrefour, Tesco) un-

Die TOP-10 des Lebensmittelhandels in Deutschland

Rang	Firma/Ort	Umsatz 2003 (Mio. Euro)	Anteil Food (%)
1	Metro Gruppe, Düsseldorf davon: Real Metro C+C Kaufhof Extra weitere	32.232 8.314 6.498 4.356 3.050 10.014	44 75 75 7 88 2
2	Rewe-Gruppe, Köln Rewe AG Rewe Dortmund	30.373 27.764 2.609	70 67 95
3	Edeka/AVA-Gruppe, Hamburg Edeka Großhandlungen AVA-Gruppe	29.090 23.585 5.505	84 90 57
4	Aldi-Gruppe, Essen/Mülheim Aldi Nord Aldi Süd	24.000 12.000 12.000	80 80 80
5	Schwarz-Gruppe, Neckarsulm Lidl Kaufland	21.500 11.500 10.000	80 83 77
6	Karstadt Quelle, Essen	15.500	5,8
7	Tengelmann-Gruppe, Mülheim Plus Kaiser's Tengelmann weitere	13.108 6.028 2.542 4.538	60 87 92 6,4
8	Spar-AG, Schenefeld	9.000	93
9	Leckerland-Tobaccoland	8.230	80
10	Schlecker, Ehingen	5.600	98

Quelle: Lebensmittelzeitung

Fortsetzung auf Seite 12 ►

Fortsetzung von Seite 11 ►

attraktiv ist. In Osteuropa stoßen diese expandierenden Handels-Multis allerdings heftig aufeinander.

Der Preisdruck entsteht vor allem durch die chronischen Überschüsse bei Agrarprodukten und durch die erheblichen Überkapazitäten im Bereich der Verarbeitungs- und Ernährungsindustrie, zum Teil geschaffen durch den systematischen Einbau von überschüssigen Milchmengen in die EU-Quoten. Diese Situation nutzen die Handelskonzerne bei den Verhandlungen mit ihren Lieferanten aus – aber nur solange es die Marktlage zulässt: Als infolge der BSE-Krise die überschüssige Milchmenge (wenn auch nur geringfügig) sank, stiegen in diesem Zeitraum die Milchpreise sofort und deutlich an.

Wie zu höheren Preisen?

Zu höheren Erzeugerpreisen kommen Bauern wohl am ehesten, wenn sie



selbstbewusst von ihren eigenen Interessen ausgehen und nicht von vornherein ihre eigenen Interessen mit denen der Molkereien vermengen lassen oder gar die eigene Interessenvertretung an die Molkereien delegieren. Das aber versuchen viele Vertreter der Bauernverbands-Spitze, die eng mit den Genossenschaftsmolkereien verbandelt sind. Ihr Argument: Wenn man die Molkereien und ihre ohnehin geplanten Fusionen unterstützt, dann erreichen die gegenüber dem Handel mehr und dann fällt von den Molkerei-Erlösen letztlich auch was für die bäuerlichen Erzeugerpreise ab. Dies aber fördert eine Entwicklung, bei der Bauern regional nur noch einen Großabnehmer zur „Wahl“ haben, dem sie damit weitgehend ausgeliefert sind.

Molkereien fordern

Erzeugerpreise muss man erst einmal von denen fordern, die sie auch zahlen – nämlich den Molkereien (auch den nichtgenossenschaftlichen wie Müller-Milch). Wenn dieser Druck von der bäuerlichen Basis alle Molkereien trifft, dann werden die gar nicht anders können, als ihrerseits höhere Preise gegenüber dem Handel durchzusetzen. Und nur dann werden sie erhöhte Preise auch wirklich an die Bauern weitergeben.

Deshalb richten sich Milchstreiks (bereits erfolgreich praktiziert von Biobauern) an die Molkereien, am besten koordiniert mit Milchbauern der benachbarten Länder. Hier können regelmäßige staatliche Veröffentlichungen eines kostendeckenden Orientierungs-Milchpreises helfen.

Handel anprangern

Ein beharrlich-andauerndes Anprangern von Handel und auch Molkereien kann



eine Fair-Trade-Kultur schaffen: Dass ein Lebensmittel wie Milch faire Preise braucht und dass es unmoralisch ist, sie als Lockartikel zu verschleudern (erfolgreich zuletzt in Österreich). Noch besser, wenn den Verbrauchern gleichzeitig die Möglichkeit geboten wird, zugunsten der Bauern einen Erzeugerpreis-Aufschlag zu zahlen (wie bei Fair-Produkten, der „Fairmilch“ der Upländer Bauernmolkerei oder Aktionen britischer Handelsketten). Unterstützt wird dies durch die Argumentation der Verbrau-

cherschutz-, Umwelt- und Tierschutzorganisationen, dass nur so das Abgleiten in billige Massenproduktion mit schlechten Qualitäten und zu Lasten von Tieren und Umwelt verhindert wird.

Bewusstsein schaffen

Will man Verbraucher von der anerzogenen Billigpreis- und „Geiz-ist-Geil“-Mentalität heilen, dann braucht man neben einem neuen Bewusstsein für den Wert der Lebensmittel auch Verkaufsstätten, die auf Qualität, Frische, Sortimentsbreite, Regionalität und Beratung setzen. Hier können auch die Bauernfamilien bei ihren Einkäufen vorbildhaft vorangehen: beim Edeka- und Rewe-Kaufmann genauso wie bei kleineren Handelsketten wie tegut, Ratio, familia oder Feneberg oder im Naturkosthandel.

Politik kann helfen

Ermutigend, dass die Discounter offenbar an Wachstumsgrenzen stoßen. Umso mehr sollte man – z.B. über das Agrarbündnis – die Gewerkschaften wie Verdi oder NGG unterstützen, wenn sie auch bei Discountern die Einrichtung von Betriebsräten und Arbeitnehmerrechte durchsetzen. Der Staat sollte zu-



dem die Möglichkeiten des Kartellrechts und des Verbots von Dumpingpreisen (unterhalb der Einkaufspreise) ausschöpfen.

Entscheidend bleibt letztlich, die Forderung nach Abbau der Milchquoten-Überschüsse durchzusetzen und selbst zur Reduzierung der Milchüberschüsse beizutragen (z.B. beim Kälbertränken). Die massenhaften Protestaktionen der Milchbauern und der selbständige Zusammenschluss von immer mehr Bauern im Bund Deutscher Milchviehhalter machen dabei Mut!

Eckehard Niemann

„Regionalität ist ein Qualitätsmerkmal“

Björn Harste betreibt als selbstständiger Einzelhändler einen SPAR-Markt in Bremen. Er baut auf besondere Kundenfreundlichkeit, außergewöhnliche Service-Leistungen und ein vielfältiges Sortiment

Bauernstimme: Über SPAR ist in den letzten Wochen wegen der geplanten Übernahme durch EDEKA viel geschrieben worden. Welche Folgen hat dieser Schritt für Sie als SPAR-Einzelhändler?

Björn Harste: Erst mal so gut wie keine. Ich kriege meine Ware von der SPAR, darf aber natürlich auch woanders kaufen und bin von Status her völlig selbstständig. Rein rechtlich habe ich mit der SPAR nichts zu tun. Die SPAR ist eine Aktiengesellschaft, und die EDEKA hat nun 100% der Aktien aufgekauft. Die Firma SPAR als solche wird das zunächst gar nicht betreffen. Die Firma existiert ja, sie funktioniert auch, und wem jetzt die Anteile gehören, ist primär erst mal egal. Die EDEKA wird ganz gewiss nach und nach in bestimmten Bereichen Einfluss nehmen – z.B. die Logistik zusammenfüh-



ren. Aber wie das genau aussehen wird in der Praxis, das weiß im Moment noch keiner.

Glauben Sie, dass SPAR als Markenname erhalten bleiben wird?

Es kann gut sein, dass der Name bleibt, im Norden SPAR und im Süden Edeka, weil es sich einfach eingebürgert hat. Denn im Norden ist SPAR bekannter und im Süden Edeka.

Ein Supermarkt wie der Ihre steht immer in Konkurrenz zu den Discountern. Wie weit ist der nächste Discounter entfernt?

Ca. 80 Meter ist Penny entfernt; und noch mal soweit ist ein Plus-Markt. Aber ich sehe die nicht so richtig als Konkurrenz an, das betone ich.

Die verkaufen zwar zufällig auch Lebensmittel, aber es ist einfach ein völ-

lig anderes Konzept. Das was sie haben – und das ist nicht viel – verkaufen sie billig.

Und das meine ich nicht nur vom Preis, sondern auch von der Aufmachung her. Bei uns gibt es erst mal eine ungefähr zehnmal so große Auswahl, ungelogen. Und was wir nicht haben, können wir besorgen. Wir können überall zukaufen, bei den Großmärkten, bei der Metro, sonst wo – wenn ein Kunde einen besonderen Wunsch hat, kann ich ihm den Artikel besorgen. Das kann ein Penny nicht.

Aber es gibt ja auch Produkte, bei denen sich das Angebot überschneidet. Zum Beispiel sind die Discounter in die Frischfleisch-Vermarktung eingestiegen. Haben Sie das an Ihren Umsätzen bemerken können?

In diesem speziellen Fall schon. Wir bieten ja, genau wie die Discounter, SB-Fleisch (SB= Selbstbedienung, Anm. d.

Fortsetzung auf Seite 13 ►

Fortsetzung von Seite 12 unten ►

Red.) an, aber eben Premium-Fleisch, und die haben Billigware, die sie auch deutlich billiger verkaufen können. Fleisch ist aber immer schon ein schwieriges und krisenanfälliges Marktsegment gewesen. Ansonsten sind die Preisunterschiede nicht so groß, und wir haben ja auch Billigprodukte, die „Sparsamen“. Da ist der Zucker zum Beispiel keinen Cent teurer als bei Penny. Generell be-



kommt man für einen kleinen Mehrpreis bei uns eine viel größere Auswahl, eine nettere Atmosphäre und mehr Service.

Eine Besonderheit Ihres Marktes ist das Angebot von regionalen Produkten. Wie kam es dazu?

Angeregt wurden wir vom „Projekt Mahlzeit“ von Brot für die Welt. Hier geht es darum, dass möglichst viele regionale, ökologische und fair gehandelte Produkte auf dem Teller des Verbrauchers landen sollen. Das Projekt Mahlzeit richtet sich jedoch vornehmlich an Großküchen, und wir haben uns gedacht, es wäre gut, wenn die Menschen das auch bei ihrem täglichen Einkauf umsetzen können.

Wir haben das bei uns im Laden „Projekt Mahlzeit – globale und regionale Regale“ genannt. Weil wir regionale Produkte anbieten und die regionalen Erzeuger fördern wollen, haben wir uns als Gründungsmitglieder an der Nordlichter-Region Weserland aktiv beteiligt.

Was tun die „Nordlichter“ für die regionale Vermarktung – und was tun Sie als Einzelhändler?

Im Rahmen der Nordlichter wird gerade das Label „Weserklasse“ entwickelt, was Anfang 2006 auf den Markt gebracht werden soll. Dort kann sich dann jeder regionale Erzeuger, der bestimmte Kriterien erfüllt, seine Produkte zertifizieren lassen.

Wir kooperieren aber auch jetzt schon mit regionalen Erzeugern: Ein Bauer liefert uns zum Beispiel Bio-Brot und Bio-Eier.

Die Kooperation mit vielen einzelnen regionalen Erzeugern bedeutet sicher einen erhöhten Aufwand. Wie klappt die Zusammenarbeit?

Sehr, sehr unterschiedlich. Es gibt viele, mit denen klappt das wunderbar. Aber es gibt natürlich auch andere Erfahrungen. Ein Bauer zum Beispiel konnte nur einmal die Woche liefern und dann auch noch Freitag nachmittags, erwartete aber, dass wir möglichst zwei Container Kartoffeln abnehmen und jede Menge Brot. Das Brot konnte man nur Freitag frisch und Samstag vom Vortag verkaufen, den Rest mussten wir wegschmeißen.

So geht es natürlich nicht, denn die Leute wollen montags bis samstags ihr Biobrot. Und für große Mengen Kartoffeln haben wir einfach keine Lagerkapazitäten.



Es ist wichtig, den Produkten ein Gesicht zu geben



Was sind weitere Anforderungen an die Lieferanten?

Wir brauchen Leute, die täglich liefern können – oder zumindest alle zwei Tage, und denen es auch nicht zuviel Mühe macht, zumindest am Anfang kleinere Mengen zu liefern, bis man absehen kann, wie das Produkt ankommt. Der Bauer, mit dem wir jetzt zusammen arbeiten, kommt fast jeden Tag. Er liefert in kleinen Mengen, die wir unterbringen können – und was wir nicht verkaufen, nimmt er als Retourenware wieder mit. Das ist für uns natürlich ein großer Vorteil, weil wir nicht auf der Ware sitzen bleiben.

Welche Produkte beziehen Sie derzeit von regionalen Anbietern?

Bisher sind das regelmäßig Brot, Eier, Apfelsaft und eingelegte Gurken – in der Saison auch Erdbeeren. Wir hatten mal einen demeter-Bauern, der uns Gemüse geliefert hat, aber es hat sich für ihn nicht gelohnt, wegen der kleinen Mengen, die wir benötigen, täglich nach Bremen reinzufahren.

Wie ist die Nachfrage nach den regionalen Produkten?

Die Kunden, die einmal Bescheid wissen, greifen oft wieder auf die Produkte zurück. Aber es erfordert schon gezielte Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, um die Produkte erst mal bekannt zu machen. Beim Brot haben wir zum Beispiel am Anfang mehrere Verkostungen gemacht.

Und neben dem Regal, wo wir das Brot anbieten, hängt eine Infotafel mit einem

Hofportrait und den verschiedenen Inhaltsstoffen. Es ist wichtig, den Produkten ein Gesicht zu geben.

Wie sieht es preislich aus mit den regionalen Produkten?

Sie sind teilweise schon deutlich teurer, vor allem, wenn es zusätzlich Bioprodukte sind. Aber die Produkte haben bei uns trotzdem ihre Abnehmer. Von dem Brot verkaufen wir zum Beispiel inzwischen wirklich viel.

Würden Sie Ihr regionales Angebot gerne ausweiten?

Auf jeden Fall. Aber es ist nicht so einfach, Lieferanten zu finden, denn für viele ist der Aufwand einfach sehr hoch. Beim Biogemüse kommt noch dazu, dass alles in kleinen Einheiten verpackt sein muss, denn wie sollen wir sonst an der Kasse sicher wissen, ob es sich um Biogemüse handelt oder um konventionelles? Einfacher ist es natürlich bei eingelegten Produkten wie Gurken, auch weil da das Risiko des Verderbs nicht so gegeben ist.

Aber wenn wir die Wahl haben, bevorzugen wir die Produkte aus der Region. Denn Regionalität ist auch ein Quali-

tätsmerkmal. Die Sachen sind einfach frischer, wenn sie beim Verbraucher landen. Und mit Qualität und Frische lässt sich beim Kunden immer punkten.

Also werden Sie sich weiter dafür engagieren, die Vermarktung regionaler Produkte voranzutreiben?

Natürlich. Wir haben uns dieser Sache verschrieben. Wir möchten, dass mehr Kunden regionale, ökologische und fair gehandelte Produkte kaufen. Ich weiß aber, dass sich nicht viele Händler so engagieren, denn: Es macht Arbeit. Es kostet Zeit. Und das ist bei einem 15-Stunden-Tag, wie ich ihn habe, nicht immer einfach.

Auf der anderen Seite: Wenn ein Einzelhändler mit Regionalität wirbt, dann ist das für ihn eine Möglichkeit, sich und seinen Laden zu profilieren.

Es ist für jeden relativ problemlos möglich, mit regionalen Erzeugern zu kooperieren – einen guten Willen von beiden Seiten vorausgesetzt.

Vielen Dank für das Gespräch!

al



SPAR-Einzelhändler Björn Harste

Fotos: Leonhardt

Gentechnikgesetz: Neue Verhandlungen

Die Verhandlungen über den zweiten Teil des Gentechnikgesetzes nutzt der Bundesrat, um seine Änderungsvorstellungen am ersten bereits verabschiedeten Teil des Gesetzes wieder auf den Tisch zu bringen. Nicht nur der zweite Teil des Gesetzes, sondern das ganze Gesetz liegt nun im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat, in dem die Union die Mehrheit hat. Bayerns Verbraucherminister Werner Schnappauf (CSU) forderte, das Gesetz müsse grundlegend überarbeitet werden. *ms*

Weitere Informationen zum CDU-Antrag unter: <http://www.greenpeace.de/multimedia/download/0/829291/0/> sowie unter: http://www.greenpeace.de/multimedia/download/0/829316/0/GenTG_Fahrplan.pdf

Gentec-Flächen zurückgezogen

Nach Angaben der Bundesanstalt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) wurden bereits 68 für den Anbau von gentechnisch verändertem Mais angemeldete Flächen zurückgezogen. Somit werden voraussichtlich nur noch 560 ha GVO-Mais angebaut, was genau die Hälfte der ursprünglich angemeldeten Fläche ist. *pm*

EU: Weiter nationale GMO-Verbote?

Am 24. Juni entscheiden die EU-Umweltminister darüber, ob einzelne Mitgliedstaaten berechtigt sind, die Nutzung bzw. den Anbau einzelner gentechnisch veränderter Pflanzen in ihrem Land zu verbieten, wenn sie begründete Bedenken gegen die Nutzung haben. Schon im Herbst 2004 wurde über das Importverbot von fünf Mitgliedstaaten gegen gentechnischen Raps und Mais im Fachausschuss der EU entschieden. Erstmals enthielten sich die deutschen Vertreter nicht der Stimme, sondern stimmten für die Beibehaltung des Rechts auf Importverbote. Wie Umweltminister Trittin nun abstimmt, wird mit Aufmerksamkeit beobachtet, hat doch Deutschland selbst den Mais Bt176 aufgrund seiner Antibiotikaresistenz verboten. Schon allein die Tatsache, dass im Umweltministerrat über den Mais Bt176 von Syngenta abgestimmt werden soll, zeigt worum es der EU-Kommission bei dieser Entscheidung geht: Denn der Anbau von gentechnischen Pflanzen mit Antibiotikaresistenz ist im Jahr 2005 gar nicht mehr erlaubt. *ms*

Gentechnik gefährdet Arbeitsplätze

Unter diesem Motto übergab die Projektgruppe Gentechnikfreie Region Chiemgau-Inn-Salzach Frau MdB Gerda Hasselfeldt (CSU) am 16. Mai eine Resolution, in der sie die Gentechnik-Befürworterin auffordert, sich für eine Zustimmung des Bundesrats zum vorliegenden Gentechnikgesetz Teil 2 „ohne wenn und aber“ einzusetzen. In der Resolution fordert die Projektgruppe den Bundesrat weiterhin auf, die europaweit vorbildlichen Regelungen des Gentechnikgesetzes klar zu unterstützen. Von der Bayerischen Staatsregierung verlangte sie, ihren Einfluss im Bundesrat geltend zu machen, damit die Interessen der großen Mehrheit der Landwirte und Verbraucher, die weiterhin gentechnikfrei wirtschaften und einkaufen wollen, gesichert bleiben.



Hubert Hochreiter und Andreas Rimmelberger bei der Übergabe der Resolution zur Gentechnik an MdB Gerda Hasselfeldt.

Kurzes am Rande

Gentechnikfreie Regionen: Es geht voran!

Die Flächen wachsen: Mittlerweile haben sich in Deutschland knapp 15.500 Landwirte in 66 gentechnikfreien Regionen bzw. Initiativen mit mehr als 482.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche gegenseitig dazu verpflichtet, auf ihren Äckern kein gentechnisch verändertes Saatgut anzubauen.

tiert gentechnikfreie Produktion entscheiden zu können. Der derzeitige große Wettbewerbsvorteil der EU-Landwirte, den gentechnikfreien Markt bedienen zu können, bleibt erhalten bzw. kann ausgebaut werden. Neben der EU und dem asiatischen Raum wächst die Nachfrage nach GVO-freien Produkten auch in Amerika.

Durch den Zusammenschluss in gentechnikfreien Regionen werden Mehrkosten bei der Produktion vermieden, zum Beispiel bei der Reinigung gemeinsam benutzter Saat- und Erntemaschinen. Auf Abstandsregelungen und Absprachen untereinander zur Anpassung von Fruchtfolgen kann verzichtet werden. Es bedarf erheblich weniger Aufwand hinsichtlich der Trennung der Warenflüsse und Kontrollen der Ernten auf Verunreinigungen. Die Futtermittel- und Saatgutnachfrage kann gebündelt werden.

Die Koordinationsstelle „Gentechnikfreie Regionen in Deutschland“ richtet sich an bestehende, fast schon gegründete oder erst noch im Kopf hin und her bewegte gentechnikfreie Regionen. Auch wenn es erst einzelne Aktivitäten vor Ort gibt oder Privatpersonen Hilfe und Informationen brauchen, unterstützen wir Euch/Sie gerne. Für Fragen von Bäuerinnen und Bauern, wie es denn nun weitergeht, wenn die Selbstverpflichtungserklärung ausläuft, wo es Futtermittel ohne Gen-Pflanzen oder GVO-freies Saatgut gibt, oder wenn Verbraucherinnen vor Ort mit Bauern zusammen eine Region gründen wollen, sind wir die richtige Anlaufstelle. Wir freuen uns auf Anrufe!

Gefördert wird das Projekt „Gentechnikfreie Regionen in Deutschland“ vom Bundesamt für Naturschutz (BfN). Projektträger sind der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), das Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

Annemarie Volling

Ansprechpartnerin: Annemarie Volling, Tel: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de, bald auch:

www.gentechnikfreie-regionen.de



Karte gentechnikfreie Regionen

Hinzu kommen noch über 1.000 Landwirte, die für ihren Hof erklären: „Wir arbeiten ohne Gentechnik.“ Zusammen mit gentechnikfrei erklärten Landkreisen, Nationalparks und Forsten ergibt sich eine Fläche von 1,2 Millionen Hektar garantiert gentechnikfreier Bewirtschaftung. Durch die drohende Aufweichung des gerade erst in Kraft getretenen Gentechnikgesetzes ist die Gründung gentechnikfreier Regionen für Landwirte immer noch die einzige und effizienteste Möglichkeit, sich auch mittel- und langfristig für eine garan-

Lindas Rettung läuft an

Bundessortenamt verlängert Auslaufrist für Pflanzguterzeugung bis 2007

Statt des jähen Endes kommt nun doch die Rettung auf Raten für Linda, jene Kartoffelsorte, deren emotionale Bedeutung für die (nord)deutsche Bevölkerung von ihrem Züchter, der Firma Europlant, völlig unterschätzt wurde. Nach Auslaufen des Sortenschutzes sollte sie per Rückzug der Zulassung ruckzuck vom Markt verschwinden, nicht zuletzt auch, um neuen Europlant-Sorten Platz zu machen.

Aber die Firma hatte die Rechnung ohne die sonst so träge Masse der Verbraucherinnen und Verbraucher gemacht. Nach Unterschriftensammlungen, Solidaritätsveranstaltungen und – ganz entscheidend – einem beeindruckenden Presseecho spricht die *taz* schon von einer „Kartoffelrevolution“, die nun schließlich dazu geführt hat, dass der erste Schritt zur Rettung der Linda gemacht ist.

Das Bundessortenamt hat die Auslaufrist für die Zulassung der Sorte bis zum 30. Juni 2007 verlängert. Das heißt, bis dahin darf weiterhin Linda-Pflanzgut anerkannt und gehandelt werden. Danach könnte dann unter Umständen die Neuzulassung der Sorte, die Biobauer und Linda-Freundeskreis-Begründer Karsten Ellenberg beim Bundessortenamt beantragt hatte, so weit in trockenen Tüchern sein, dass eine Versorgung der Bevölkerung ohne Linda-Lücke zustande kommen könnte.

Recht und Moral

Das Bundessortenamt hatte ursprünglich keine Übergangsfrist vorgesehen, da es offenbar nicht davon ausgegangen war, dass irgend jemand eine neuerliche Pflanzgut-Produktion in Gang bringen könnte. Genau das möchte aber der Linda-Freundeskreis. Langjährige Linda-Vermehrer, die also auch über die entsprechenden Erfahrungen mit der nicht ganz einfach zu handhabenden Diva der Kartoffelszene verfügen, wollen nun versuchen, gepflanzte Partien erneut anerkennen zu lassen. Das Leben schwer macht ihnen dabei – wie könnte es anders sein – Europlant.

Mit einem Schreiben wandte sich die Firma an die Vermehrer der noch aktuell auf der Europlant-Homepage im Sortenkatalog als „Speisequalitätssorte der Extraklasse mit großem Beliebtheitsgrad“ geführten alten Dame. Die Firma stellt darin unmissverständlich klar, dass sie einer neuerlichen Vermehrung von Linda nicht zustimmt. Europlant geht nämlich davon aus, nach wie vor die Verfügungsgewalt über die Sorte zu haben. Da aber ja der Sortenschutz abgelaufen ist (nicht zu verwechseln mit der Sorten-Zulassung, die nun verlängert ist), ziehen Karsten Ellenberg und auch Georg Janßen von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) diesen Allein-

verfügungsanspruch in Zweifel. Selbst wenn er existierte, hätte Europlant zumindest aus den Entrüstungstürmen der letzten Wochen lernen müssen. Vertragsstrafen und Schadensersatzdrohungen oder Sätze wie:

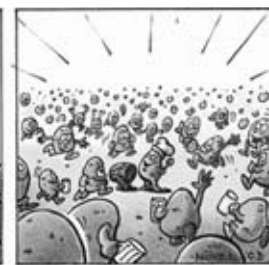
„In Anbetracht der derzeitigen Unruhe am Markt sowie der Sensibilität der Gesamtheit wird Europlant den Verbleib jeglichen Ihnen gelieferten bzw. von Ihnen erzeugten Pflanzgutes der Sorte ‚Linda‘ sowie etwaig hier-

auf basierende Vermehrungs- und Anerkennungsverfahren aufmerksam beobachten“; solche Sätze glätten keine Wogen. Zumal die Adressaten – die Vermehrer – zum Teil langjährige enge Vertragspartner von Europlant sind. Wieder einmal ist die Entrüstung über das rüde Verhalten der Firma groß. So die Firma denn weiterhin auch von der Kultknolle profitieren will, wäre es eleganter gewesen zu versuchen, Linda-Vermehrer mit ins Boot zu holen, statt ihnen Drohschreiben zu schicken. Zusätzlich kursierende Gerüchte von Europlant-eigenen Aktivitäten zur Linda-Vermehrung verschönern nicht gerade das Bild vom profitgesteuerten Goliath.

Beginn einer Bewegung?

David hingegen darf sich nun auf keinen Fall zurücklehnen und die ganze Sache als gegessen betrachten. Erstens ist Linda längst noch nicht gerettet und zweitens sollte die „Kartoffelrevolution“, so fordert

es *taz*-Kommentatorin Hanna Gersmann, die Verbraucherinnen und Verbraucher bestärken, „dass daraus die Apfel-, Tomaten- oder Bierbewegung wächst“.



So blickt der Cartoonist Volker Nökel auf die Kartoffel-Sorte, die Zuchtkonzern Europlant vom Markt fegen will.

Linda zeigt, dass es doch eine Macht mit Messer und Gabel gibt, die nicht zwangsläufig essen muss, was Konzerne ihr vorsezen. Dieses zarte Pflänzchen pflegen auch die derzeit zahlreichen Fernsehköche. Wer etwas auf sich hält, plaudert gern kochlöffelschwingend mit prominenten Studiogästen und fertigt nebenbei kulinarische Kleinode aus meist qualitativ besonderen Lebensmitteln. Spezielle Herkünfte, regionale und/oder ökologische Erzeugung, alte Sorten haben gewissen Schick. Dies steht der „Hauptsache billig und schnell“-Mentalität entgegen, hat wahrscheinlich aber nur eine Chance, wenn wie bei Linda öffentliche Entrüstung und das Bewusstsein: „da will uns einer von oben unser Essen diktieren“ entsteht. Dann schreibt auch Alfred Birolek einen Brief an Bundesministerin Renate Künast und bittet sie, ihren Einfluss geltend zu machen, „dass die Sortenvielfalt und damit auch Linda erhalten bleibt“.

Claudia Schievelbein

Wieviel Offenbarung?

Urteilsverkündung im Aufbereiterprozess am 26. Juni

In wie weit ist ein Aufbereiter von Saatgut verpflichtet, sich damit zu befassen, was genau das von ihm vorbereitete Produkt ist und was sein Kunde damit vorhat? Muss er sich nach Sortennamen erkundigen? Muss er dafür Sorge tragen, dass dafür Nachbauerklärungen abgegeben werden? Eine so weitreichende „Fürsorgepflicht“ würde die Saatgut Treuhandverwaltungs GmbH (STV) den Aufbereitern gerne auferlegen. Ob allerdings die Gerichte dem folgen, ist mehr als fraglich.

Genau um diese Fragen geht es jedenfalls auch in dem laufenden Verfahren gegen einen bayerischen Aufbereiter, den die STV dazu verklagen will, dass er ihr Auskunft über das Nachbauerhalten seiner Kunden geben muss.

In der Verhandlung vor dem Oberlandesgericht München machten die Richter deutlich, dass sie zunächst gemäß des Urteiles des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) keine Berechtigung für ein pauschales Auskunftersuchen durch die STV sehen. Die Frage, was ein Aufbereiter wissen sollte oder muss, debattierten sie vor dem Hintergrund, dass der vor Gericht stehende Aufbereiter per Unterlassungsaufforderung von der STV nicht mehr für bäuerliche Kunden tätig werden soll, wenn er nicht genauestens informiert ist.

Die Richter zeigten sich skeptisch und kündigten an, in diesem Punkt auf alle Fälle eine Revision vor den höchstrichterlichen Instanzen zulassen zu wollen. Die Urteilsverkündung ist für den 26. Juni terminiert. cs

Neues Recht für Wild- und alte Sorten

Die Zulassungskriterien für das In-Verkehr-Bringen von Pflanzensorten, die dem Erhalt genetischer Ressourcen dienen, will die EU-Kommission in einer Richtlinie lockern. Dabei geht es zum einen um heimische (autochtone) Wildsorten, die z. B. aus Naturschutzgesichtspunkten vermehrt und bei Neuanpflanzungen genutzt werden, zum anderen auch um alte Kulturpflanzensorten, die zur Ressourcenerhaltung oder zur speziellen Vermarktung vermehrt und verkauft werden. Bislang ist dieser Bereich eine Grauzone, in der Nutzer und Erhalter genetischer Ressourcen sich zwischen dem aufwendigen, teuren und für diesen Bereich praxisfernen Sortenzulassungsverfahren und der Illegalität bewegen. Insofern ist eine Regelung dringend überfällig. Mit der Legalisierung alter Kultursorten könnte aber auch mehr bürokratischer Aufwand verbunden sein. cs

Gegen
Nachbau-Gebühren

Zucker: Kommission will mit Geld liberalisieren

AbL kritisiert die neuen Pläne der EU-Kommission zur Zuckermarkt-Reform scharf

Südzucker geht nach Brasilien

Während sich europäische Rübenbauern massive Sorgen um die Zukunft des Rübenbaus und die Konkurrenz des Rohrzuckers machen, will die deutsche Zuckerindustrie laut *Handelsblatt* in Brasilien investieren. Nordzucker und Südzucker (schon jetzt zweitgrößter Zuckerkonzern weltweit) verhandeln demnach über einen Einstieg in brasilianische Zuckerkonzerne. Erfolgreich praktiziert haben dies bereits der Handelsmulti Louis Dreyfus und der französische Zuckerkonzern Tereos. Die brasilianischen Zuckerhersteller rechnen laut *Handelsblatt* zwar nicht mit einer Öffnung des EU-Markts für sie, wohl aber mit den Märkten, die bisher durch die Exporte

Ende Mai sind die neuen Pläne der EU-Kommission durchgesickert, wie sie sich die Reform der europäischen Zuckermarktordnung vorstellt und wie sie das mittlerweile entgültige Urteil der WTO (siehe unten) umsetzen will. Die neuen Vorschläge, die offiziell erst am 20. Juni vorgelegt werden sollen, sehen drastische Preissenkungen vor. Die Preise für Zuckerrüben sollen nicht mehr – wie im Juli letzten Jahres von der Kommission vorgeschlagen – um 37 Prozent, sondern um 42,6 Prozent gesenkt werden (die für Weißzucker der Fabriken um 39 statt 33 Prozent). Anders als im letzten Jahr geplant, soll es keine administrativen Kürzungen der Quoten geben. Vielmehr erhofft sich die Kommission offensichtlich, dass bei der genannten Preissenkung „genügend“ Bauern aus dem Rübenanbau aussteigen, damit die EU-Exporte nicht mehr gegen WTO-Regeln verstoßen. Um die Bauern zusätzlich zum

Ausstieg zu bewegen, sollen Quoten herausgekauft werden. Pro Tonne soll im ersten Jahr der Reform, 2006/07, ein Betrag von 730 Euro je stillgelegter Tonne Zucker gezahlt werden. Dieser Betrag sinkt schrittweise auf 370 Euro je Tonne im vierten Jahr (2009/10). Bezahlt werden soll das aus Abgaben, die Bauern und Zuckerfabrik je zur Hälfte pro Tonne Quote zahlen sollen. Die Abgabe soll 125 Euro je Tonne im Jahr 2006/07 betragen, ab dem Jahr 2007/08 dann 90 Euro je Tonne. Wenn nicht genügend Erzeugung auf diese Weise stillgelegt wird, will sich die Kommission das Recht vorbehalten, dann doch noch die Quoten direkt zu kürzen.

Milliarden Verschwendung

Nur wird das Ganze viel Geld kosten, ob es nun staatliche Gelder oder Bauergelder sind. Der Vorsitzende der AbL, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, hat die

neuen Pläne scharf kritisiert: „Es werden Milliarden für Quotenaufkaufprogramme, Umstrukturierungshilfen und Ausgleichszahlungen eingesetzt. Das ist weggeschissenes Geld, denn es bringt keine positiven wirtschaftlichen Effekte.“ Es diene allein einer Ideologie, dass Liberalisierung auch im Zuckermarkt etwas Positives bewirke. Das Gegenteil werde aber der Fall sein: „Einzigste Profiteure werden Konzerne in einigen Ländern wie Brasilien sein, die auf Tausenden von Hektaren Zuckerrohr unter bedenklichen sozialen und ökologischen Bedingungen anbauen lassen. Das schafft auch in Brasilien keine stabile ländliche Wirtschaft und zerstört Entwicklungschancen von Bauern und Landarbeitern in Entwicklungsländern mit weniger rationalisierter Zuckererzeugung und eben auch in der EU“, erklärte Graefe zu Baringdorf.

uj

WTO verbietet EU zu viel Export

Welthandelsorganisation verbietet Großteil der subventionierten EU-Zuckerexporte

Drei Wochen, bevor die neuen Pläne der EU-Kommission für eine Reform der EU-Zuckermarktordnung durchgesickert sind, hat das Gericht der Welthandelsor-

ganisation (WTO) am 28. April entgültig entschieden und den Vorwurf der gegen die EU klagenden Länder bestätigt, dass der Export von C-Zucker zum Weltmarktpreis nur deshalb möglich sei, weil die Zuckerproduzenten der EU für den innerhalb der A- und B-Quoten produzierten Zucker den drei- bis vierfachen Weltmarktpreis erzielen und daher eine Quersubventionierung vorliege. Außerdem verstoße ein Teil des so genannten Reexports von Zucker, den die EU den AKP-Staaten Afrika, Karibik und Pazifik sowie Indien zu EU-Preisen abkauft und mit EU-Subventionen gleich wieder exportiert, gegen die internationalen Handelsregeln.

Ein Jahr lang stritt die EU mit den Klägerländern Australien, Brasilien und Thailand. Das WTO-Gericht bleibt dabei: Erlaubt sind lediglich 1,3 Mio. Tonnen exportsubventionierter Zucker, denn so steht es in dem WTO-Agrarabkommen der Uruguayrunde geschrieben. Die EU exportierte im Jahr 2003 aber 5 Mio. Tonnen, subventioniert mit 1,3 Mrd. Euro offiziellen Exporterstattungen statt mit maximal erlaubten 499 Mio. Euro. Dumping werfen die Klägerländer der EU deshalb vor, d.h. sie verkaufe ihren Zucker auf dem Weltmarkt zu künstlich verbilligten Preisen. Dadurch sinkt der Weltmarktpreis – zu Lasten anderer Zuckerproduzenten. Dass die C-Zuckererzeugung auch die hiesigen Bauern benachteiligt, fällt in der Diskussion um das WTO-Urteil meist unter den Tisch. Aber den Export von C-Zucker bezahlen die Bauern aus ihrer Tasche, da der Preis unter ihren Produktionskosten liegt.

Reaktionen und Positionen

Egal, findet der Deutsche Bauernverband (DBV) und fordert von der EU „harte Gegenredaktion“. Reformvorschläge hat er keine anzubieten. Damit singt der DBV im Chor der Zuckerwirtschaft. Abwarten und zögern ist die einzige Devise. Die AKP-Staaten haben mit Enttäuschung das WTO-Urteil aufgenommen. Sie sehen nun ihren Marktzugang zur EU für 1,6 Mio. Tonnen Zucker zu attraktiven Preisen gefährdet. Die AbL fordert, die Exporte von EU-Zucker ganz einzustellen. Um den Anforderun-

gen der ärmsten Entwicklungsländer gerecht zu werden, sollten diese in Zukunft einen Marktzugang bis zu 25 Prozent des EU-Zuckerverbrauchs erhalten (einschließlich der AKP-Zuckerlieferrechte). Für den Marktzugang sollen Quoten vergeben und soziale und ökologische Standards eingeführt werden. Für die europäischen Zuckerbauern bedeutet der AbL-Vorschlag eine Reduzierung der Menge, dafür aber soll der Preis für die Rübe stabil bleiben – und nicht, wie der Reformvorschlag der EU-Kommission vorsieht, um über 40 Prozent gesenkt werden.

Die Marktliberalisierung, die die EU-Kommission anstrebt, würde beim Zucker viele Produzenten in der EU und in den AKP-Staaten vom Markt fegen, da spezialisierte Länder mit niedrigen Lohnkosten und Umweltstandards weit billiger produzieren. So hat Brasilien seine Zuckerexporte in den letzten Jahren enorm gesteigert und könnte seinen Weltmarktanteil noch weiter ausbauen.

Ausblick

Die EU hat nun 15 Monate Zeit, das WTO-Urteil umzusetzen. Am 22. Juni will die EU-Kommission ihren Gesetzesvorschlag für eine neue EU-Zuckermarktordnung vorlegen. Sie hofft darauf, dass dieser noch vor dem WTO-Gipfeltreffen im Dezember in Hongkong vom EU-Agrarministerrat verabschiedet wird. Damit dieser nicht eine Marktliberalisierung durch sinkende Preise einleitet, muss noch einige politische Arbeit geleistet werden.

Antje Kölling, Berit Thomsen



von EU-Zuckerüberschüssen beliefert wurden. Die Produktivität der brasilianischen Fabriken sei hoch, die Produktion einer Tonne Zucker koste 160 Dollar, die in der EU dagegen 700 Dollar. Fast genau so stark differierten die Kosten für die Herstellung von Agraralkohol. en

ganisation (WTO) am 28. April entgültig entschieden und den Vorwurf der gegen die EU klagenden Länder bestätigt, dass der Export von C-Zucker zum Weltmarktpreis nur deshalb möglich sei, weil die Zuckerproduzenten der EU für den innerhalb der A- und B-Quoten produzierten Zucker den drei- bis vierfachen Weltmarktpreis erzielen und daher eine Quersubventionierung vorliege.

Außerdem verstoße ein Teil des so genannten Reexports von Zucker, den die EU den AKP-Staaten Afrika, Karibik und Pazifik sowie Indien zu EU-Preisen abkauft und mit EU-Subventionen gleich wieder exportiert, gegen die internationalen Handelsregeln.

Die WTO und unser Milchpreis

Die EU erzeugt mehr Milch, als sie verbraucht. Bisher wird der Export subventioniert. Auf der nächsten WTO-Konferenz könnte das eingeschränkt werden. – Auch eine Preisfrage für die Bauern

In einem halben Jahr ist es wieder soweit. In Hongkong wird im Dezember die nächste Welthandelsrunde im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) stattfinden. Es wird um Marktzugänge, Zollsenkungen, verbotene und akzeptable Stützungsmaßnahmen und noch vieles mehr gehen.

Für unsere Landwirtschaft verspricht das nichts Gutes. Seitdem Lebensmittel und Landwirtschaft als Thema in die WTO aufgenommen worden sind (Agrarabkommen), wurden bei uns die Interventionspreise für wichtige Agrargüter wie Getreide und Rindfleisch gesenkt. Oft folgten die Erzeugerpreise den sinkenden Interventionspreisen, aber nicht immer. Sind die Marktverhältnisse innerhalb der EU einigermaßen ausgewogen – ist das Verhältnis von Angebot und Nachfrage also in etwa ausgeglichen – gibt es durchaus Zeiten, in denen die Preise die Kosten decken. Schwieriger sieht die Situation bei den Überschussmärkten aus. Natürlich: der Schutz des (hochpreisigen) europäischen Zuckermarktes gegenüber Zuckerrohr aus Südamerika ist geradezu legendär und wird sicherlich noch in Generationen als Beispiel geschickter Lobbyarbeit in den Schulbüchern stehen. Dumm daran ist nur, dass die Zuckerindustrie zu gierig war und auch noch enorme Überschüsse organisiert hat. Nun wackelt die gesamte Zuckermarktordnung.

Milch-Bauchladen

Trotz Quotenregelung gibt es seit 20 Jahren einen Bauchladen, also ein beständiges Zuviel an Milcherzeugung in der EU. Je nach Schätzung liegt der Überschuss bei 10 bis 19 Prozent.

In die EU importierte Milchprodukte spielen dabei nur eine geringe Rolle. Der Außenschutz über Zölle funktioniert also derzeit recht gut. Bei den Importen handelt es sich vor allem um zollbegünstigte Produkte wie neuseeländische Butter (Neuseeland hat traditionelle Handelsbeziehungen zu Großbritannien), begünstigte Produkte aus zukünftigen EU-Beitrittsländern (Osteuropa) und Käse aus der Schweiz. Die WTO-Vereinbarungen sehen derzeit einen Mindestzugang in die EU von 5 Prozent vor (was allerdings kaum erreicht wird).

Ein erheblicher Teil der EU-Milchüberschüsse wird seit Jahren als Milchpulver, Butter und Käse exportiert. Stolz weist die europäische Milchindustrie auf ihren hohen Anteil am Weltmarkt hin (ca. ein Drittel), verschweigt aber, dass ein

Großteil der Exporte nur über Subventionen möglich ist.

Das Preisniveau im EU-Binnenmarkt ist in der Regel deutlich über den sonst am Weltmarkt gehandelten Preisen, so dass ein Export in Drittstaaten oft am Preis scheitern würde. Um dennoch Exporte tätigen zu können, werden Erstattungen an die Exporteure gezahlt, welche die Differenz zwischen den höheren EU-Preisen und den niedrigeren Weltmarktpreisen ausgleichen sollen. Die Exportsubventionen für Milchprodukte summierten sich im Marktjahr 2002/2003



Welthandelsabkommen im Agrarbereich beeinflussen unseren Milchpreis in Europa.

Kuhmilchbilanz in der EU-15 (2003, Milchäquivalenten)

Milchanlieferung in der EU	116,04 Mio. t
Importe in die EU	4,44 Mio. t
gesamtverfügbare Menge	120,48 Mio. t
Verbrauch in der EU zu Marktpreisen	-94,73 Mio. t
Zusätzlich Verbrauch mit Beihilfen in der EU	-10,52 Mio. t
Exporte aus der EU	-14,54 Mio. t
Selbstversorgungsgrad der EU 15 in %	110 %
Selbstversorgungsgrad um Beihilfen bereinigt	119 %

(Quelle: ZMP 2004)

Im Rahmen der WTO erlaubte und reale Mengen und Exporterstattungen der EU im Wirtschaftsjahr 2002/2003

	Aktuelle Begrenzung	EU-Exporte (2002/03)
Mengen (1.000 t)		
Magermilchpulver	273	223
Butter und Butterkonzentrat	399	294
Käse	321	319
Sonstige Milchprodukte	958	851
Erstattungsaufwand (Mio. ECU/EUR)		
Magermilchpulver	276	165
Butter und Butterkonzentrat	948	543
Käse	342	267
Sonstige Milchprodukte	698	605

(Quelle: WTO/ZMP)

auf 1.580 Mio. Euro, davon entfielen 543 Mio. € auf Butter und Butteröl, 165 Mio. € auf Magermilchpulver, 267 Mio. € auf Käse und 605 Mio. € auf sonstige Milchprodukte (z.B. Kasein).

WTO-Grenzen

Durch die derzeit gültigen WTO-Vorgaben gibt es sowohl finanzielle als auch mengenmäßige Höchstgrenzen für die Exportsubventionen. Von 1995 bis 2000 wurde die maximale Höchstausfuhrmenge für EU-Milchprodukte um 20 Prozent gesenkt (Käse -25 Prozent).

Die monetäre Höchstgrenze für Exporterstattung verringerte sich um 32 Prozent (Käse -42 Prozent). Bei niedrigen Weltmarktpreisen und hohen Binnenpreisen stößt die EU bereits an diese WTO-Erstattungsgrenzen.

Da bislang bei der WTO keine Neuregelungen getroffen sind, gelten die Mengen- und Budgetbegrenzungen der WTO aus dem Jahr 2000 bis heute. Doch das könnte sich nach Hongkong schnell ändern. Viele andere Exportnationen, voran Neuseeland und Australien, aber auch Schwellenländer wie Indien und Brasilien, drängen darauf, dass die EU ihre Exportsubventionen weiter senken soll.

GAP-Reform

Die EU-Kommission wird in Hongkong die „Vorleistungen“ aus der jüngsten EU-Agrarreform ins Feld führen, wonach die Interventionspreise für Butter um 25 Prozent und für Magermilchpulver um 15 Prozent gesenkt werden. Sie setzt also auf Preis senkung, damit der Abstand der EU-Preise zum Weltmarktpreis kleiner wird und dann weniger Exportsubventionen gezahlt werden müssen. Die exportorientierten Molkereien unterstützen diese Strategie der EU-

Kommission, wenn sie die Milch von den Erzeugern billiger einkaufen und ihre Exporte steigern können. Dann wäre der Rückgang an Exportsubventionen für diese Molkereien mehr als ein Nullsummenspiel. Die Frage ist, ob die Milcherzeuger das akzeptieren wollen und wie sie auf den Preisdruck reagieren.

Dass diese Politik auch den Interessen der Milcherzeugern außerhalb der EU schadet, liegt auf der Hand: einige (reiche) Länder folgen der EU-Politik und senken die Milcherzeugerpreise aus Konkurrenzgründen ebenfalls (z.B. die Schweiz). Vor allem aber in afrikanischen Entwicklungsländern führen die europäischen gedumpte Milchpulverimporte dazu, dass die einheimischen Produzenten mit den europäischen Billigimporten nicht konkurrieren können. (In Mali liegt der Preis für Milch aus Milchpulver deutlich unter dem für einheimische Milch)

Fazit

Überproduktion und sinkende Preise in der EU sind gewollt und zwar von denjenigen,

1. die ihre Produktionsstätten möglichst auslasten wollen (alle Molkereien)
2. die Interventionsprodukte (vor allem Butter, Magermilchpulver) herstellen (vor allem norddeutsche Großmolkereien)
3. die einen möglichst billigen Rohstoff für Exporte ohne Subventionen haben wollen (z.B. Hersteller und Exporteure von Käse).

Von daher ist es nur zu gut verständlich, dass große Teile der Molkereindustrie mit den Beschlüssen zum Milchmarkt (Interventionspreissenkung, langsame Ausdehnung der Quote) gut leben können, im Gegensatz zu vielen Milchbauern. Für die Milchbauern wäre dagegen eine geringere Produktion und damit ein geringerer Druck zu Exporten sinnvoll, wenn im Gegenzug die Erzeugerpreise dahin klettern, wo sie die Produktionskosten auf den Betrieben decken und die Arbeit bezahlen.

Martin Hofstetter

Der Autor hat für AbL und Germanwatch im Rahmen eines vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) finanzierten Projektes gerade eine Studie zum internationalen Milchmarkt und zur Milchmarktpolitik der EU geschrieben. Sie ist zu beziehen bei der AbL (www.abl-ev.de), Info: Berit Thomsen, thomsen@abl-ev.de, Tel.: 02381-9053-172.

60 Jahre danach...

Ein Bericht aus Niedersachsen über die Auswirkungen von Nationalsozialismus und Krieg auf eine Bauernfamilie

Ich bin erst drei Jahre nach dem Ende von Nationalsozialismus und Krieg geboren worden. Doch das Leben, Empfinden und Handeln meiner Eltern und damit auch mein Leben wurden entscheidend davon geprägt. Diese Einsicht, 60 Jahre nach Kriegsende, hat mir – nach einem jahrzehntelangen Generationskonflikt – einen Weg zur Versöhnung mit meinem Vater eröffnet.

Als mein Vater 1947 aus der Gefangenschaft in Amerika zurückkam, war er 31 Jahre alt. Auf den Fotos von damals sieht er ausgemergelt aus, das Lausbubenlächeln aus seinen Jungen-Jahren mischt sich nun mit Traurigkeit, Härte und Trotz. Fast 10 Jahre hatte er nichts mit Landwirtschaft zu tun gehabt, stattdessen mit Tod, Todesangst und deren Verdrängung, mit Männerkameradschaften zwischen Draufgängertum und Heimweh nach Familie und Verlobter, mit Militärregeln und mit Märschen durch besetzte und verbrannte Länder.

In der Hitlerjugend und in der SA war ihm das überhebliche Gehabe der „Führer“ bald gegen den Strich gegangen, ohne dass er deshalb Nazi-Gegner war. Er hatte aber bei seinen Heimaturlauben Andeutungen gemacht zu den Gräueln gegen die Zivilbevölkerung hinter der Front, so dass der Ortsbauernführer (sein Onkel) mit der Meldung an die Polizei drohte. Seine amerikanische Gefangenschaft hatte er auf Plantagen verbracht und in großen Lagern. Bei Verhören hatte er trotz betont, er sei Nazi, und dafür harte Strafen auf sich genommen. Vom „Zusammenbruch“ des Dritten Reiches hörte er viele tausend Kilometer entfernt, mit einer Mischung aus tiefer Kränkung und Erleichterung.

Erzählt hat er über all das kaum, er war hart und verletzlich geworden. Nur wenn bei Dorf- oder Familientreffen in der „Männerstube“ Skat gespielt wurde, erzählte man sich bei Cognac und Zigarrenrauch prahlerische Kriegserlebnisse. Ohne Hitlers Zweifrontenkrieg und ohne „die Sache mit den Juden“ hätte man den Krieg gewonnen. Nachts aber schrie und weinte mein Vater oft angstvoll auf in seinen Alpträumen vom Krieg.

Mein Großvater war über die Jahre alt und müde geworden und gab den Hof gern ab. Auf vielen Höfen übernahmen die heimgekehrten Söhne den Hof, heirateten, bekamen Kinder und stürzten sich in den Wiederaufbau. Jetzt wurden die Ställe ver-

größert und Garagen für die neuen Trecker eingepflanzt. Man nutzte die „guten Jahre der Landwirtschaft“ mit Nahrungsmangel, Fresswelle und billigen Löhnen.

An die Kriegsgefangenen und deren Not und Heimweh erinnerten nur noch eingritzte Namen auf dem Boden, wo sie untergebracht waren. Jetzt waren alle Zimmer übervoll mit Flüchtlingsfamilien. In den eng gewordenen Häusern lebten die heimischen Bauernfamilien mit den Ex-Bauernfamilien aus dem Osten, die nun Landarbeiter waren.

Mein Vater, der eigentlich lieber Soldat geblieben wäre, führte den Hof und die vielen Arbeitskräfte straff und autoritär, fast schon militärisch. Die Regeln dieser Führung waren ihm noch vertrauter als die früher erlernten Regeln der Landwirtschaft. Sie verlie-

hen ihm den Schutz, den er offensichtlich brauchte. Sie verboten es, eigene Schwächen und Blößen zu zeigen. Einmal gefällte Entscheidungen galt es durchzuziehen und bejahen zu lassen.

Das war eine gewisse Zeit lang möglich, wurde aber mit zunehmender Entwicklung und Differenzierung der Landwirtschaft immer schwieriger trotz Zupacht und Wachstum. Der Kauf vieler alter Landmaschinen und Trecker ermöglichte meinem Vater, der Mechanisierung zu folgen und doch einen hohen Stamm von Landarbeitern auf dem Hof zu halten – und selber die externe Leitungsposition zu behalten. Immer höhere Kosten waren der Tribut an diese Art der Betriebsführung.

Noch entscheidender für die Zukunft des Hofes aber war, dass ein „militärischer“ Leitungsstil für einen fragenden und auch kritischen Sohn keinen Platz ließ. Das galt sowohl für landwirtschaftliche Dinge als auch für gesellschaftliche. Denn auf unsere Fragen „Was habt Ihr damals getan bzw. nicht getan?“ bekamen wir Kinder ausweichend-ärgerliche Antworten. Mein Vater hatte aus allem den Schluss gezogen, „die Politik“ sei ein schmutziges Geschäft. Er holte sich stattdessen ein großes Maß an Anerkennung durch seine Aktivitäten in Vereinen und Genossenschaftsvorständen. Mitte der 60er Jahre – unter dem Eindruck von erster „Wirtschaftskrise“ und kommender EWG – zog die NPD in die Landesparlamente ein, erhielt in manchen Dörfern über 20 Prozent. Da hingen plötzlich

wieder NPD-Plakate an etlichen Scheunentoren, sehr oft bei denen, die vor 1945 „große Leute“ gewesen waren. Bauernverbands-Präsident Rehwinkel und sein Sohn machten sich offen für die NPD stark. Da wurde propagiert, wie gut es die Bauern „unter Adolf“ gehabt hätten: mit festen Preisen, Vorrangstellung, mit Zucht und Anstand und vernünftigen Programmen für die Jugend. Da war ich stolz auf meinen trotzigen Vater, wenn er bestimmt den schlimmen Parolen entgegentrat, es habe gar keine KZs und sechs Millionen ermordeter Juden gegeben.

In dieser Zeit bin ich – wie viele andere AbLer – politisiert worden, unter dem Eindruck von Bauerndemonstrationen mit neuen Treckern und alten Männern in Lodenmänteln an der Spitze. Ein Gemisch aus Interessen-Vertretung und Ewig-Gestrigem. In unseren Debatten in Landjugend- und Agrarstudentengruppen mischten sich unsere Generationskonflikte mit dem politischen Aufbegehren gegen das Verschweigen der Vergangenheit und die fehlenden Zukunftsperspektiven für die Landwirtschaft. Meinem Vater, von dem ich diese trotzig-aufmüpfige Ader zumindest teilweise geerbt habe, blieb dies alles fremd



und bedrohlich, zumal seine Gegner und Neider diese „Schwäche“ unserer Familie weidlich durch ausufernde Gerüchtebildung nutzten.

Als ich nach Studium und rebellischen Jahren (seltsamerweise auch nach fast 10 Jahren) mit meiner jungen Familie auf den Hof zurückkehrte, entbrannte der Konflikt über Betriebsführung und Hofübergabe heftig, im Haus und auf dem Hof, jeden Tag und nachts bis in den Schlaf. Es gab keine Lösung, es war nicht auszuhalten, weder für uns noch für meine Eltern. Wir haben den Hof nach zwei Jahren wieder verlassen, um das Verhältnis zu meinen Eltern nicht ganz zu ruinieren.

Erst kurz vor seinem Tod übergab mir mein Vater – mit Vorbehalten – den längst verpachteten Hof...

Autor der Redaktion bekannt

Landwirte gegen Nazis

„Landwirte im Widerstand 1933 bis 1945“ – eine Ausstellung des Landwirts Gerhard Fischer im mecklenburgischen Tellow (Thünen-Museum) dokumentiert die Lebenswege von 44 Menschen, die mutig gegen die Nazis kämpften. Landarbeiter, Kleinbauern, Gutsbesitzer, Agrarwissenschaftler, Forstwirte oder Tierärzte – der Widerstand musste nach 1933 vom Mut des Einzelnen leben. Die Ausstellung ist bis zum 19. Juni täglich von 10 bis 17 Uhr geöffnet.

Milchbauer nach Demo erschüttert

Polizei und Molkerei-Chef demütigen Milchbauern nach einer Demonstration vor der Molkerei Elsterwalde. Bericht eines Bauern

Für manch einen Bauern, der dabei war, war es der erschütterteste Tag in seinem beruflichen Leben als Landwirt. Was war passiert?

Bauern klagen seit langem über nicht mehr kostendeckende Milchauszahlungspreise, die zurzeit bei 26 Cent liegen. Bei diesem Niveau soll es nicht bleiben – die Agrarpolitik in Brüssel will noch weiter runter, auf 22 Cent den Liter.

Das haben zwei Molkereien in Deutschland als chic empfunden: Köln und Elsterwerda (beide gehören zu Campina, Anm. d. Red.). „Da machen wir mit“ – 23,50 Cent Auszahlungspreis für die angelieferte Milch im Monat März; „Mal sehen, wie die Milchbauern drauf reagieren“. Und sie haben reagiert, und zwar sofort.

Sie sind aus ganz Deutschland gekommen, haben am 2. Mai in Köln und am 3. Mai in Elsterwerda vor der Molkerei friedlich, aber konsequent auf die ruinöse und existenzbedrohende Situation aufmerksam gemacht. Es wurde diszipliniert um ein Gespräch mit den verantwortlichen Molkereichefs gebeten, um sie für unsere sehr bedrohliche Situation zu sensibilisieren und um gemeinsame Lösungsansätze zur Verbesserung der Situation zu finden.

Die Demonstration am 3. Mai in Elsterwerda war angemeldet und zeitlich begrenzt genehmigt. Nach Ablauf der vorgegebenen Zeit wurden wir als Bauern aufgefordert, das Eingangstor der Molkerei nicht länger zu besetzen, um die weitere Produktion im Werk nicht zu gefährden – Frischmilch rein, Milchprodukte raus.

Wir waren diszipliniert und verließen nach wiederholter Aufforderung durch die Polizei den Demonstrationsplatz.

Beim Abmarschieren griffen uns Polizeibeamte mit Gummiknüppeln und scharf munitioziert an.

Sie griffen rücklings beim Fortgehen zwei Bauern heraus, rissen sie zu Boden, knedelten sie auf bestialische Weise, so dass daneben stehende Bäuerinnen Wein- und Schreikrämpfe bekamen. Einer der Festgenommenen, ein junger Bauer, wurde, nachdem er gesichtsseitig ca. fünf Minuten auf den Straßenboden brutal von der Polizei gepresst worden war und seine entsetzlichen Hilferufe verstummten, abgeführt. Für mich ist am 3. Mai 2005 eine Welt der demokratischen Ordnung zusammengebrochen. Bauern wollten auf ihre Not aufmerksam machen, wollten mit den Molkereien reden, die die ohnehin schlechten Milchauszahlungspreise noch weiter runter fahren. Wir wollten miteinander reden, reden über den Weg, wie wir diesem Trend

Einhalt gebieten. – Da kommt die Staatsgewalt in Form der Polizei und tritt den Bauern, von denen sie jeden Tag ernährt werden, mit Gummiknüppeln entgegen, und zwar viel mutiger als gegen Hooligans, denn sie wussten: Die Bauern sind brav, hier können wir uns mal so richtig austoben. Und das haben sie denn auch, in für uns demütigender Weise, getan.

Ich habe als mecklenburgischer Bauer ein dickes Fell; muss man auch haben – zum Überleben. Aber am 3. Mai 2005 war ich den Tränen nahe. Wir Milchbauern produzieren Tag für Tag das edelste aller landwirtschaftlichen Produkte, unser weißes Gold – die Milch. Der ruinöse Preisverfall bei der Milch ist für uns der hautnahe Beweis für den Verfall moralischer Werte in unserer Gesellschaft. Denn der Preis für unser hochwertiges Produkt ist unmoralisch.

Als wir erschüttert die Stätte der Staatsgewalt verließen, setzte Herr Buchholz, Zweitchef der Campina-Molkerei von Elsterwerda, dem dramatischen Geschehen noch die Krone auf: Nachdem er sich den Demonstranten in einem ergebnislosen Gespräch gestellt hatte, beobachtete er aus dem Fenster seines Büros im 3. Stock das weitere Geschehen. Als wir zurück zu unseren Autos gingen, erhob er seine Hand wie Benedikt XVI., allerdings – er zeigte uns den Mittelfinger!

Mein geliebtes Deutschland, wo bist du hingeraten?! Du trittst die, die das Brot des Volkes schaffen, mit Füßen wie zu Thomas Müntzers Zeiten. So kann es nicht weitergehen. Ich bin zutiefst enttäuscht von meinem Vaterland.

4. Mai 2005, morgens um 3 Uhr, ich konnte sowieso nicht schlafen.

Michael Constien



Foto: Leonhardt

Abhängigkeiten

Früher, als ich noch Kind und Jugendlicher war, fühlte ich mich zu Hause auf unserem Hof ziemlich frei, denke ich. Auch persönlich hatte ich keinen Anlass, mich wirklich abhängig zu fühlen – außer von den Eltern und den üblichen Abhängigkeiten zum Hof natürlich, aber die wurden einerseits bei Grundakzeptanz gar nicht gespürt, da sie selbstverständlich waren, und andererseits riefen sie bei „Bewusstmachung“ desselben Umstandes die übliche Rebellion der Jugend hervor.

Von Kind an interessiert mich Geschichte. Ziemlich intensiv habe ich mich seit Jahrzehnten damit beschäftigt. Wie oft habe ich feststellen müssen, wie schrecklich unsere Vorfahren, meine Vorfahren, die seit dem Jahr 1298 hier in der nordhessischen Region Bauern sind, unter Abhängigkeiten von Fürsten und Herren, Adel und Kirche, Soldaten und Schergen, marodierenden Landsknechten und Steuereintreibern zu leiden hatten. Umso mehr hat mich immer wieder der Überlebenswillen und die Überlebensfähigkeit durch Beharrlichkeit beeindruckt. Das ist übrigens auch oft das Faszinierende am Mittelalter.

Ich hatte nur immer gedacht, diese Art Sachverhalte seien unwiderprüflich Geschichte.



... aus Nordhessen

Mein Interesse führte und führt mich so an viele historische Stätten, an denen ich hier und da noch mittelalterliches Leben spüren kann.

Viele Jahre waren bei mir geprägt von der Überzeugung, dass die Bauern „heute“, abgesehen von den Banken, viel weniger und vor allem gar keine vergleichbaren Abhängigkeiten hätten wie damals, vor Jahrhunderten.

Ich musste dazu immer irgendwo hinfahren, näher oder weiter entfernt, um historische Dinge zu sehen, um mich auf diese Abhängigkeiten einlassen zu können. Besonderes Beispiel sind die seit der Romantik so „hoch gelobten“ Burgen des Mittelalters, die, nicht wirklich schön, hoch auf den Bergen meist reine Macht- und Kontrollfunktionen hatten.

Heute werde ich das Gefühl nicht los, mit anderen Vorzeichen in die Vergangenheit zurückgekehrt zu sein. Ungeahnte, gekoppelte Dimensionen von Abhängigkeiten treten auf: Staatsanträge und EU-Gesetze, Veterinär- und Gemeindebehörde, Ordnungsamt und Landwirtschaftsamt, Naturschutzbehörde und Wasserwirtschaftsamt, Finanzamt mit Buchführungspflicht, Bauamt und „Entkopplung“, nicht zu vergessen die Bio-Richtlinien, das alles gekoppelt in den schönen Begriff „Cross Compliance“ (Cross = kreuzen; Compliance with the law = Befolgung der Gesetze, meint so etwas wie: „Befolgung sich überkreuzender Gesetze“ oder besser: „Überkreuzte Befolgung – und Kontrolle – von allen agrarrelevanten Gesetzen“). Bisher einmalig ist die Komplexität und die gewollte, gezielte Verknüpfung und Kontrolle aller landwirtschaftlichen Angelegenheiten, die allesamt Abhängigkeiten sind. Wenn auch angenommen werden darf, dass man eigentlich mit der Konstellation nichts Böses wollte, so ist allein das Ansinnen einer solchen Konstruktion der Heimtücke Ausgeburt. Dies ist das Bild eines gespenstischen Kraken, der seine Eigendynamik unaufhaltsam entfalten wird.

Logischerweise stehen wir am Beginn dieses Weges der verhängnisvollen Abhängigkeiten, die George Orwells prophetisches Buch in den Schatten stellen kann. Der Weg kann am Ende zur zerstörerischen Selbstblockade führen.

Die Geschichte der Kartoffel

Von den Anden bis in die Fritteuse

Was verbindet die große Hungerkatastrophe in Irland des 19. Jahrhunderts mit einem Schnellimbiss, die Zierpflanze im Botanischen Garten mit einem modernen Food-Processor, die Anden mit Europa? lautet die Frage auf der Rückseite des Buchdeckels. Die Antwort ist einfach: die Kartoffel.

Autor Larry Zuckermann gelingt es in seinem erfreulich unterhaltsam geschriebenen Sachbuch zu beweisen, dass „ein Gemüse die Geschichte der westlichen Welt nachhaltig beeinflusst hat“, wie er im Vorwort behauptet. Die Existenz der Kartoffel löste sowohl Bevölkerungsexplosionen als auch Hungersnöte aus, zum Beispiel in Irland 1845/46, als die Kraut- und

Knollenfäule dort zum ersten Mal ausbrach und 90 Prozent der Ernte vernichtete. Nach Missernte, Hunger und Krankheit kam der Tod, und so fielen der Kraut- und Knollenfäule damals letztlich nicht nur die Kartoffelern, sondern auch innerhalb von zwei Jahren mehr als eine Million Iren zum Opfer.



Aber auch die Einflüsse der Kartoffel auf den Alltag der Menschen schildert Zuckermann. Zum Beispiel, dass sich Landarbeiter den Daumnagel wachsen ließen, um damit gekochte Kartoffeln pellen zu können.

Spannend ist auch das Kapitel, in dem über die schwierigen Anfänge der Kartoffel in Europa berichtet wird. Als Nachtschattengewächs war sie zunächst als giftig oder

ungenießbar verschrien, ein paar Jahrzehnte danach dann als Viehfutter und Arme-Leute-Fraß verachtet. Dass die Kartoffel als Vitamin-C-Lieferant einen enormen Beitrag zur Bekämpfung des Skorbut leistete, fand erst viel später Anerkennung. Larry Zuckermann schafft einen historischen Überblick zur Kulturgeschichte der Kartoffel mit vielen interessanten Details. Einen Wermutstropfen gibt es allerdings für deutsche Leser: Über die Entwicklung der Kartoffel in Deutschland wird nichts berichtet – das Buch bezieht sich fast ausschließlich auf England, Irland und Frankreich. Trotzdem ist es sehr lesenswert!

al

Larry Zuckermann: *Die Geschichte der Kartoffel*. Claassen Verlag, 2004, 302 Seiten, 21,- €, zu beziehen über den ABL-Verlag

Hühnerlulu

Ein Huhn will verreisen, weil ihm der heimische Hühnerhof zu langweilig ist. Die anderen Tiere finden diese Idee völlig absurd, aber das Huhn lässt sich nicht davon abbringen. Es packt sein Kofferchen und macht sich auf den Weg.

Auf dem Trecker des Nachbarbauern trampelt es mit nach „Hühnerlulu“. Ein wunderschönes, farbenprächtig gezeichnetes Bilderbuch für Kinder zwischen zwei und fünf Jahren. Nicht unbedingt geeignet für Verfechter realistischer Tierdarstellungen, findet es aber garantiert Anklang bei Kindergartenkindern in Urlaubsstimmung.

al

Annette Swoboda,
Ulrike Kuckero:
Hühnerlulu. 2005,
Thienemann Verlag,
12,90 €
zu beziehen über den
ABL-Verlag



Die Preisschlachten der Einzelhandelsketten treffen Bauern und Bäuerinnen doppelt: finanziell, weil die Billigangebote von Butter oder Frischfleisch die Anbieter, also Molkereien, Schlachthöfe und letztlich die Bauern unter einen Preisdruck setzen, und dazu auch noch moralisch, weil sie den Wert der eigenen Arbeit mit Füßen treten. Die Discounter, an deren Kassen mittlerweile bei einigen Produkten weit mehr verkauft wird als bei den anderen Lebensmittelgeschäften und -märkten (bei HMilch z. B. 70 %), sind Sinnbild der Billig-Strategie. Das alles ist bekannt und ruft immer wieder Bauern und Bäuerinnen zu

Aktionen vor Discountern wie Aldi, Lidl, Real und Plus auf.

So wichtig die Proteste sind, so frustrierend ist – zumindest in Deutschland, anders in Österreich – ihre Wirkung, denn trotz positiver Berichterstattung in den Medien ändern die Strategien dieser Ketten ihre Preispolitik dadurch kaum.

Um so wertvoller ist nun eine neue Broschüre, die die Situation der Bauern gegenüber dem Einzelhandel in einen größeren Zusammenhang stellt. Denn die Landwirtschaft ist nicht die einzige Leidtragende der „Discountierung“ und des zunehmend gut

baleren Einkaufs und der zunehmend internationaleren Ausbreitung von Handelsketten. Wenigstens genauso betroffen ist eine tragende Säule des Einzelhandels selbst: die dort Beschäftigten. 70 Prozent aller Erwerbstätigen im Einzelhandel sind Frauen, beim Verkaufspersonal sind es 80 Prozent. Männer finden sich eher in den „oberen Etagen“, in den besser bezahlten Positionen. Es sind daher vor allem die Verkäuferinnen, die den Druck zur Senkung von „Kosten“ im Betrieb auszuhalten haben. Das Heft, das von zwei Mitarbeiterinnen der Nichtregierungsorganisation „weed“ (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung) sowie von einer Mitarbeiterin der Gewerkschaft „verdi“ geschrieben worden ist, beschreibt sehr anschaulich und nah an den Menschen, wie die Tendenzen im Einzelhandel auf die 2,5 Millionen Beschäftigten wirken: Austausch von Vollzeit- zu Teilzeit- und Minijobs (400 Euro) ohne Sozialversicherung; Versuche, Tarifverträge aufzubrechen und damit Druck auf die Löhne und Arbeitszeiten auszuüben; Versuche, die Beschäftigten von gewerkschaftlicher Organisation oder Bildung von Betriebsräten abzuhalten; die zunehmende Aufteilung der Tätigkeiten auf verschieden gut

bzw. schlecht bezahlte Personen oder Subunternehmen, die etwa die Regalpflege übernehmen.

Die Autorinnen gehen auch auf die politischen Rahmenbedingungen ein, die in den letzten Jahren gegen die gewerkschaftlichen Errungenschaften gerichtet geändert wurden. Dass es genügend Kräfte gibt, die diese Entwicklung noch weiterreiben wollen, und zwar auch auf internationaler Ebene im Rahmen der EU und der Welthandelsorganisation (Dienstleistungsrichtlinie der EU, GATS u.a.), wird ebenfalls beschrieben. Die Gewerkschaften versuchen, dem durch internationalen Informations- und Erfahrungsaustausch von Beschäftigten entgegenzuwirken, und sie schließen dabei Kontakte auch zu den Arbeitern der Lieferanten, also entlang der gesamten Wertschöpfungskette. – Was international notwendig ist, sollte ein Beispiel sein, es auch vor der Haustür zu versuchen. Diese neue Broschüre macht dazu Mut.

uj

Sarah Bormann, Christina Deckwirth, Saskia Teepe: *Grenzenlos billig? Globalisierung und Discountierung im Einzelhandel*. 100 Seiten, 7 Euro Schutzgebühr. Zu bestellen bei: weed, Torstr. 154, 10115 Berlin, Tel.: 030-27582163, Fax: -27596928, weed@weed-online.org



Der ABL Verlag räumt auf

Bücher zum Schnäppchenpreis

In den Jahren 1989 bis 1998 erschienen im ABL Verlag in der Reihe Wachstumslandwirtschaft und Umweltzerstörung fünf Veröffentlichungen. Der ständige Zwang zum Wachsen oder Weichen hat schwerwiegende Folgen für Mensch und Umwelt. In dieser Reihe finden sich nicht nur gute Argumente gegen Rationalisierung und Industrialisierung, sie gibt auch Beispiele dafür, wie Ackerbau und Viehzucht nachhaltig und vielfältig gestaltet werden können.

1989 erschien Band 1, der sich mit den Umweltauswirkungen der landwirtschaftlichen Produktion und Agrarstruktur im Nachkriegsdeutschland intensiv auseinandersetzt. Die Fortsetzung erschien 1990 in Band 2, wo neun Autoren, unter ihnen Onno Popinga und Götz Schmidt, ein Bild entwarfen, wie traditionelle bäuerliche Betriebsstrukturen eine vernünftige Umweltpolitik unterstützen.

Band 3 erschien 1991 zu dem Thema Leguminosen. Die Fähigkeit der Leguminose, Luftstickstoff zu binden, wurde häufig in Verbindung gebracht mit der Nitratproblematik in Grundwasser und Oberflächengewässern. Anbaueinschränkungen wurden diskutiert. Dieses Buch bietet wissenschaftliche Hintergrundinformationen über die Vorteile des Leguminosenanbaus, einen Einblick in ihre Geschichte sowie eine kleine Rezeptsammlung.

Band 4 wurde 1993 herausgegeben. Renée Vellvé, Mitarbeiterin von GRAIN, berichtet über die Geschichte der Kulturpflanzen, den Verlust genetischer Vielfalt als Folge der industrialisierten Landwirtschaft und der Monopolisierung der Saatgutindustrie. Durch die derzeitige Gentechnikdebatte ein hochaktuelles Thema.

In Band 5 aus dem Jahr 1998 veröffentlichte Bernd Keller eine Auswertung wissenschaftlicher Literatur, die eine Vielzahl von Beweisen gegen die Vorzüglichkeit der Wachstumslandwirtschaft zusammenträgt und Altes, längst Bekanntes neu ins Bewusstsein rückt.

Dieses geballte Wissen in Buchform soll nicht länger im Verlag ruhen, sondern unter die Leser gebracht werden! Daher haben wir die Preise gesenkt.

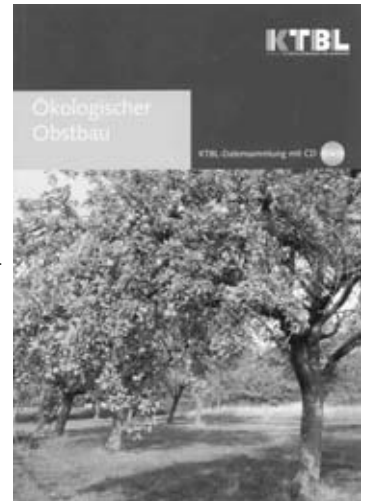
Für Einzelbestellungen Band 1 und 2 zusammen 6 Euro, Band 3 bis 5 je 5,00 Euro, alle 5 Bände zusammen 15,00 Euro zzgl. Versandkosten.

Kurzes am Rande



Datensammlung Ökologischer Obstbau

Für das KTBL (Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e.V.) haben Rembert Burmann und Susanne Kunde von der FH Osnabrück produktionstechnische, betriebs- und arbeitswirtschaftliche Daten zum ökologischen Obstbau zusammengetragen und anwendungsbezogen aufbereitet. Sowohl allgemeine Daten, etwa zur Anlage einer Obstanlage oder zur Lagerung, als auch spezielle Zahlen für die Kalkulation verschiedener Kulturen des Kern-, Stein- und Beerenobsts umfasst das Buch. Die mitgelieferte CD enthält ein Tabellenkalkulationsprogramm (auf Basis von Excel 97 oder höher) für die Berechnungen im konkreten Betrieb.



KTBL (Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e.V., Hrsg.): *Ökologischer Obstbau, KTBL-Datensammlung mit CD*. 116 S. inkl. CD, 22,00 Euro. Zu beziehen über KTBL, Bartningstr. 49, 64289 Darmstadt, Tel.: 06151-7001-0, Fax: -123, ktbl@ktbl.de.

Nützlinge in Feld und Flur

Das neue aid-Heft gibt einen Überblick über alle wichtigen Nützlinge unserer Agrarlandschaften und informiert darüber, wie der biologische Pflanzenschutz funktioniert.

Nützlinge in Feld und Flur, 64 Seiten, Bezug für 4 Euro zzgl. 3 Euro Versand bei aid-Vertrieb DVG, Birkenmaarstr. 8, 53340 Meckenheim, Tel. 02225-926146, Bestellung@aid.de

Futtermittelrecht

Nach den zahlreichen Futtermittel-Skandalen befindet sich das Futtermittelrecht in rascher Veränderung, vor allem durch Vorgaben der EU. Die 13. Ausgabe dieses Standardwerks fasst den aktuellen Stand von Futtermittelgesetz und Futtermittel-Verordnung zusammen und erläutert die Bestimmungen. en

Radewahn/Czekala: *Futtermittelrechtliche Vorschriften 2004. Textsammlung mit Erläuterungen*, 292 Seiten, 35,90 Euro, Agrimedia GmbH, Spithal 4, 29468 Bergen/Dumme, Tel.: 05845-9881-0, mail@agrimedia.com

Edition Agrar

In der „Edition Agrar“ sind einige wichtige Berichte des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) veröffentlicht worden, u.a. mit folgenden relevanten Themen: „Entwicklungstendenzen bei Nahrungsmittelangebot und -nachfrage“ (392 S., 52 €), „Regionalität von Nahrungsmitteln in Zeiten der Globalisierung“ (167 S., 42 €) und „Nahrungsmittelqualität der Zukunft“ (287 S., 52 €). Die Stärke dieser Berichte liegt in der orientierenden, straffen und umfassenden Darstellung der behandelten Themenfelder. Ein anderer Band der Edition fällt dagegen stark ab, nämlich „Landwirtschaftliche Bodennutzung und Nutztierhaltung“ (227 S., 28 €): Die „Beiträge zu Qualität, Umwelteinflüssen und Wirtschaftlichkeit“, verfasst von Mitarbeitern der Universität Halle-Wittenberg, beschränken sich auf allgemein-abstrakte Aussagen und bleiben einseitig- eng dem ideologischen Agrar- Mainstream verhaftet. en

Alle Bücher sind 2004 erschienen im Deutschen Fachverlag, Mainzer Landstr. 251, 60326 Frankfurt/M., Tel.: 069-7595-2112, Buchverlag@dfv.de

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch **Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe 2005 2004 2003 2002 2001 2000 1999
19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 € 19,00 € 5,00 €

... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € _____ €

weitere Bücherwünsche:

zzugl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ ggf. E-Mail _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für BS Juli/August 2005 ist am 24. Juni.

Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Querfeldein

● Holzpelletheizungen
● Holzhackschneidheizungen
● Holzvergaserheizungen
www.agriserve.de
60437 Frankfurt
☎ 06101-541 985

● Für gentechnikfreie Landwirtschaft Fahrradfahrt vom 30. Juli bis 7. August 2005: Ottersberg – Lüneburg – Heide – Prignitz – Altmark – Havelland – Berlin. Suchen Übernachtungsmöglichkeiten (Wiese/Zelten), Tipps für Aktionen usw. Alles angeben. Gen-Nie, Am Glockenstuhl 25, 27870 Ottersberg, ☎ 04205-8427

**DER NATUR
AUF DER SPUR**

Helpen Sie mit, Kindern und Jugendlichen die Natur wieder näher zu bringen - durch eine Zustiftung zur NABU-Stiftung Naturerbe NRW



Volksbank Düsseldorf/Neuss, BLZ 30160213, Kontonr. 101030016.
Stichwort: Jugendfonds

NAJU NRW, Merowinger Str. 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/ 159-251-31

**»Schläfer«**

Afghanische Flüchtlingsregel: »Betrete niemals grüne Flächen!«

Denn grün sind die Flächen, auf denen keine Ziegen grasen. Ziegen aber sind in Afghanistan besser behütet als Kinder. Sie sind die einzige Versicherung gegen den Hunger. Grün signalisiert den Flüchtlingen daher: Hier liegen Minen!

Afghanistan ist das größte Minenfeld der Erde. 10 Mio. Sprengkörper sind das Erbe eines 20-jährigen Krieges. Unser Projektpartner OMAR klärt vor Ort über Minengefahren auf und leistet medizinische Hilfe.

Spenden Sie unter dem Stichwort: »Minenopfer«, Konto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01



medico international

10 Jahre Kampagne zum Verbot von Landminen
Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt, Tel. 069-944 38-0, www.medico.de

Milch und Brasilien

01. Juni 2005, Bonn

Infoabend von ABL und Germanwatch mit Vertretern der Bauernorganisation FETRAF aus Brasilien mit Austausch darüber, wie das Thema Milcherzeugung, Subventionierung und Milchhandel in Brasilien und auch hier auf politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene diskutiert wird.

Anmeldung an Sarah Kahnert ☎ 030-28883563, kahnert@germanwatch.org

Ganovenstücke vom Land

03. bis 06. Juni 2005, Altenkirchen

Literaturseminar für Krimifreunde zu Kriminalität in ländlichen Regionen und im Verhältnis zu den Städten. Reiner Brauer liest Kriminalgeschichten und gibt Anregungen zu literarischen Texten. Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen, Albert Pauly, ☎ 02681-95 16 26

Unser Dorf im Krieg

bis 05. Juni 2005, Bächingen

Die Sonderausstellung mit Bildern und Dokumenten zum Kriegsende vor 60 Jahren in Bächingen ist in der Region auf so großes Interesse gestoßen, dass sie verlängert wird.

Geöffnet jeweils von 11 bis 17 Uhr am Donnerstag, 26. Mai; Sonntag, 29. Mai und Sonntag, 05. Juni, mooseum – Forum Schwäbisches Donautal, Schlossstraße 7, 89431 Bächingen an der Brenz, Infos unter www.moosium.net, Gruppen und Schulklassen können darüber hinaus weitere Termine bis zum 05. Juni mit Manfred Grandel, ☎ 07325-6076 und Wilhelm Rochau, ☎ 07325-951110 vereinbaren.

Verliebt Trecker fahren!

06. Juni 2005, Reinshof

Ohrenschmaus: Matthias Stührwoldt, Jahrgang 1968 und Landwirt in der Nähe von Kiel, liest aus seiner Kurz-Geschichten-Sammlung „Verliebt Trecker fahren“ – erschienen im ABL-Verlag. Für Bier und Würstchen vom Grill ist natürlich auch gesorgt.

18 Uhr im Kloostergut Reinshof der Georg-August-Universität Göttingen, Reinshäuser Landstraße

Eintritt kostenlos, Infos unter www.argue.de oder bei ARGUE, ☎ 0551-488 055 20, Fax: -488 055 22, mail@argue.de

Norddeutsche Biogastagung

10. und 11. Juni 2005, Hildesheim

Umfangreiche Tagung mit paralleler Fachausstellung und anschließender Lehrfahrt (12. Juni) zu Beispielanlagen in der Region. Experten sprechen zu den Themen: Finanzierung, Genehmigung, Alternativen zur Vorbehandlung von Substraten, Anbau von Energiepflanzen, Einspeisung ins Stromnetz, Trockenfermentation und Gärrest. In der Praktikerrunde diskutieren Betreiber unterschiedlicher Systeme.

IBBK, Internationales Biogas/Bioenergie Kompetenzzentrum, Michael Köttner, ☎ 07954-926203, Fax: -926204, www.biogas-zentrum.de

Veranstaltungen

Dezentrale**Pflanzenölnutzung**

11. Juni 2005, Hildesheim

Durch die Befreiung der Bio-Kraftstoffe von der Mineralölsteuer kann Pflanzenöl als Treibstoff kostengünstiger angeboten werden als fossiler Diesel. Das öffnet Landwirtschaft und Gewerbe im ländlichen Raum neue Einkommensquellen. Schwerpunkt dieser Impulstagung sind regionale Wertschöpfung und Erfahrungen aus dem 100-Schlepper-Programm. Landwirte und Praktiker berichten über betriebseigene BHKW, regionale Verarbeitung von Rapsöl im Zusammenschluss von Maschinenringen und die Aufrüstung von Dieselmotoren beim Betrieb mit Pflanzenöl. Veranstalter: BUNDSCHUH-BIOGAS-Gruppe, Anmeldung an: ProFair GmbH, ☎ 05121-206260, Fax: -2062626, www.messen-profair.de, energie+natur@messen-profair.de

Thüringer Ökolandbau**Aktionstage**

10. bis 26. Juni 2005, Thüringen

Unterwegs zu einzelnen Betrieben mit „Öko on Tour“, Hoffeste, Feldtag in der Fachschule Stadtroda und Abschluss mit Ökofest im Ökozentrum Vachdorf.

Mehr Infos: Thüringer Ökoherz e.V., ☎ 03643-437128, Fax: -437102, www.oekoherz.de

Verliebt Trecker fahren!

13. Juni 2005, Kiel

Ohrenschmaus: Autorenlesung mit Matthias Stührwoldt 19 Uhr im Hörsaal H im Audimax der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Christian-Albrechtsplatz 4, Eintritt kostenlos, Infos unter www.argue.de

Homöopathie bei Nutztieren

14. Juni 2005, Weihenstephan

Birgit Gnadl, Tierheilpraktikerin und Vorsitzende des Landesverbandes der Tierheilpraktiker Bayerns gibt eine Einführung in die klassische Homöopathie bei Nutztieren, insbesondere bei Rindern, und ihren Einsatz auf dem landwirtschaftlichen Betrieb.

Öffentliche Vortragsreihe „Ökologischer Land- und Gartenbau“ in der Technischen Universität München/Weihenstephan, um 18 Uhr im Hörsaal 12 in Mensanähe, Kontakt: Dr. Reents, ☎ 08161-713778, www.oeko-ak.de

Existenzgründung und Hofübergaben außerhalb der Familie

15. Juni 2005, Bergkamen

Gezeigt wird der erfolgreiche Neueinstieg am Beispiel von drei Betrieben. Dazu gibt es Infos zur Existenzgründung in NRW sowie eine Podiumsdiskussion zu Perspektiven und Erfolgsvoraussetzungen für Existenzgründungen in der Landwirtschaft mit: Martin Berges, LwK NRW; Uwe Hartmeier, Institut für Kirche und Gesellschaft; Cornelia Roedel, Zukunftsstiftung Landwirtschaft; Bernhard Schlindwein, Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband, und Ludger Wilstacke, MUNLV.

Zentrum für ländliche Entwicklung (ZeLE) im MUNLV NRW, ☎ 0211-4566-919, Fax: -456, www.zele.nrw.de

Sommerfest mit „Verliebt Trecker fahren!“

18. Juni 2005, Benthe

Ponyreiten, Kartoffelsuppe, Infostand zu Gentechnik und vieles mehr auf dem Bioland-Hof Maage. Los geht's um 14 Uhr. Um 19 Uhr liest Matthias Stührwoldt aus seinem Buch „Verliebt Trecker fahren“. Nach diesem Ohrenschmaus gibt's zum Abschluss Lagerfeuer mit Gitarre.

Maage's Land-Laden, Hermann Löns-Str. 18, 30952 Rommenberg, ☎ 05108-3528, Fax: -8200, landladen@maage.de

Maschinenvorführung

21. Juni 2005, 04749 Ostrau

Demonstrationstag mit dem Schwerpunkt Maschinen und Geräte für kleine und mittelgroße Gemüseanbaubetriebe auf dem Auenhof mit Kress & Co. Umweltschonende Landtechnik, Erhard Pauls Elektromaschinenbau, Gepperth Sondermaschinen und Firma Katz Biotech zum Einsatz von Nützlingen.

Beginn 9 Uhr, Biogärtnerei Auenhof, Mügelner Str. 101, 04749 Ostrau, ☎ 034324-21595, Fax: -20774, www.biogemuese-sachsen.de

Betriebstypen im Ökolandbau

28. Juni 2005, Weihenstephan

Dipl. pol. Harald Ulmer gibt eine Typologie von Ökobetrieben in Bayern mit der Frage: Wie kann eine verbesserte Unterstützung dieser Betriebe durch Politik, Marktpartner und Konsument erreicht werden (mehr Infos unter www.konsumwende.de).

Öffentliche Vortragsreihe um 18 Uhr im Hörsaal 12 in Mensanähe, Kontakt: Dr. Reents, ☎ 08161-713778, www.oeko-ak.de

Perspektiven für Land und Leute – der ländliche Raum hat Zukunft!

07. Juli 2005, Lauterbach

Experten aus der praktischen Regionalentwicklung zeigen Strategien für Regionen: Martina Kocks vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung berichtet über Erfahrungen mit „Regionen aktiv“. Prof. Ulf Hahne von der Gesamthochschule Kassel stellt Strategien für eine eigenständige Regionalentwicklung vor. Karl Becker, Chef der Regionalmanager in Österreich, gibt Beispiele, warum die Österreicher in ihrer Arbeit für die Regionen so erfolgreich sind. Für Hessen wird Thomas Schaumberg von der Vogelsberg Consult berichten, wie die Verbindung von Regionalentwicklung und Wirtschaftsförderung Arbeitsplätze im strukturschwachen Raum schafft.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag, Infos unter ☎ 0611-350-595, Anmeldung per E-Mail an: k.jochemczyk@ltg.hessen.de

Graf Finkenstein ist gestorben

Günther Graf Finkenstein war nicht nur ein herausragender Pionier der Landwirtschaft, im besonderen der biologisch-dynamischen, sondern auch jemand, der immer wieder menschliches Neuland suchte. Viele von uns kennen Graf Finkenstein von den Bundesveranstaltungen der AbL. Wenn er sich zu Wort meldete, lud er ein zum Nachdenken. Mit seiner offenen Art verstand er es, Menschen für die gemeinsame Sache zu begeistern. Vielleicht war es ihm deshalb zur Lebensaufgabe geworden, Projekte aufzubauen und dann weiter zu ziehen, wenn andere sich darauf ausgeruht hätten, die Früchte der Arbeit zu ernten. Ausruhen war seine Sache nicht, er musste die Dinge anpacken, ganz praktisch Erde und Pflanzen in die Hand nehmen. Dabei war es nicht der Besitz, der ihm etwas bedeutete. Er wirkte manchmal, als habe er früh seine Wurzeln verloren und nirgends anderswo vermoht, neue zu schlagen. Wichtiger für ihn war der Austausch von Gedanken und Erfahrungen. Nie engstirnig, nicht auf den ökologischen Landbau beschränkt, sondern auch den Kontakt mit seinen konventionellen Berufskollegen suchend. Selbst keine Ansprüche

stellen, aber sich für seine Mitmenschen engagieren. Deshalb hat er gerade jungen Leuten, mit denen er immer gerne ins Gespräch gekommen ist, viel mit auf den Weg gegeben.

Mit seinen Hofprojekten, ob im rheinischen Düren, im brandenburgischen Brodowin und zuletzt in seiner alten Heimatstätte Polen hat er viel für die Landwirtschaft und für eine nicht geringe Anzahl von Menschen getan, denen er zu Ausbildung, Arbeit und Lebensperspektiven verholfen hat. Graf Finkenstein ist am 15. Mai im Alter von 78 Jahren gestorben. Er wird uns fehlen, wir werden ihn in guter Erinnerung behalten.



Maria Heubuch
AbL Bundesvorsitzende
Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf
AbL Bundesvorsitzender
Georg Janßen
AbL Bundesgeschäftsführer



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 048 23/85 05, Fax: 048 23/7 53 30
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 046 35/21 41, Fax: 046 35/21 14
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 043 26/6 79, Fax: 043 26/28 91 47
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 046 31/74 24, Fax: 046 31/38 52

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 058 65/98 83 60, Fax: 058 65/98 93 61
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 042 33/6 69, Fax: 042 33/21 77 74
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 047 23/32 01, Fax: 047 23/21 18
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 058 65/12 47
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 055 08/99 99 89, Fax: 055 08/99 92 45

Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038 453/20 400, Fax.: 038 453/52 131
Vorpommern: Albert Wittneben, Tel.: 0396 04/2 68 59
Brandenburg: Cornelia Schmidt, Tel.: 038 79/1 25 18; Erich Degreif, Tel.: 03 32 04/3 56 48, Fax.: 03 32 04/3 56 49; Bernd Hüsgen, Tel.: 03 37 04/6 61 61

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 53 170, Fax: 023 81/49 22 21
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 052 41/5 70 69
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 054 04/52 64
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 052 21/6 25 75
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 022 48/47 61

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, Tel.: 064 41/7 55 02, Fax: 064 41/97 59 95
Nordhessen: Bernhard Wicke, Tel.: 056 65/14 03, Onno Poppinga, Tel.: 056 73/35 40

Rheinland-Pfalz und Sauerland

Landesverband: Peterstraße 11, 54634 Bitburg, Tel./Fax: 065 61/6 04 93 00
Vorsitzender: Ewald Frisch, Tel.: 065 22/5 49, Fax: 065 22/93 36 36

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, Tel.: 073 52/89 28, Fax: 073 52/94 14 22
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 074 43/39 90;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 079 71/85 84
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 075 53/75 29, Fax: 075 53/82 82 78
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 075 28/78 40, Fax: 075 28/92 75 90

Bayern

Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 086 79/64 74, Fax: 086 79/9 13 01 45, E-Mail: Abl-Bayern@web.de; www.abl-bayern.org
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer, Tel.: 088 47/8 04,
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Hans Urbauer, Tel.: 086 28/6 34, Ute Gasteiger, Tel.: 080 39/16 35
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 087 42/80 39
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 091 94/84 80

Sachsen / Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 03 73 23/5 01 29, Fax: 03 73 23/1 58 64



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 53 171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 041 31/40 77 57, Fax: 041 31/40 77 58

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 058 64/2 33; Anneliese Schmeh, Tel.: 075 53/75 29

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 038 41/79 12 73; Vorpommern: Franz Hinemann, Tel./Fax: 03 83 31/8 00 24; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 03 37 04/6 61 61, Fax: 03 37 04/6 61 62

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Mute Schimpf, AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 53 173, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 86,00 €
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 121,00 €
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ € zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 31,00 €
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 56,00 €
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Telefon/Fax _____

E-Mail _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum _____

Unterschrift _____

Wer Fendt fährt führt*

70 Hektar, das ist ja ein ganz schön großer Hof“, sagte noch vor kurzem ein sich für landwirtschaftlich bewandert Haltender aus dem Süden der Republik. Ein Niedersachse kann darüber nur müde lächeln. Aber da vor die Zupacht der Herrgott leider schon seit Jahren die Lebensabschnittsgefährtin und Mutter seiner Kinder gestellt hat („Mehr Acker, mehr Arbeit – vergiss es!“), war es unserem niedersächsischen 70-Hektar-Bauern bislang nicht vergönnt zu expandieren.

Bis quasi um die Ecke eine – auch noch befreundete – Landbesitzerin ihre bereits ökologisch bewirtschafteten Flächen neu und natürlich auch wieder bio verpachten wollte. Dies war kein schnöder Wachstumschritt, zumal die Flächen auch noch mit zwei ebenfalls befreundeten Biobauern aus der Nähe geteilt werden sollten. Nein, dies war mehr ein gesellschaftlich-soziales Projekt, da konnte auch die Lebensabschnittsgefährtin nicht mehr intervenieren. Aus 70 Hektar wurden 100. Das machte sich doch schon besser: dreistellig, magische Grenze. Das klingt schon fast wie „bis-zum-Horizont-alles-meins“. 100 Hektar sind gut, wirken nicht kleinkrauterig, aber auch nicht großkotzig. Selbst der Verbleib in der AbL scheint tolerabel. 100 Hektar klingen aber vielleicht doch auch nach einem neuen, größeren Trecker ... Wo doch die im letzten Jahr gemeinsam mit dem Nachbarn erworbene Drillmaschine auch eigentlich nur mehr schlecht als recht von dem alten 120 PS-Fendt 512 gezogen wird. Rein zufällig führt der Weg unseres Bauern, noch bevor der ganz große Frühjahrsbestellungsstress losgeht, am örtlichen Landmaschinenhändler vorbei. Rein zufällig bleibt sein Blick hängen auf dieser schönen Kurzscheibenegge, fünf Meter breit, von einem 512er nicht zu bewältigen. „Das wär genau das Richtige zur Bearbeitung der neuen Flächen“, denkt sich unser Bauer und betritt den Verkaufsraum. „Habt Ihr so was nicht

auch in drei Meter Arbeitsbreite, mal zum Ausprobieren?“, fragt er. Leider nein, die Antwort. „Ja, dann müsst Ihr mir wohl mal die hier geben und gleich noch einen Trecker dazu, der sie zieht.“ Die Dame am Trecken guckt etwas pikiert, verspricht aber, dass ihr Chef sich melden wird.

Drei Tage später kommt der Frühling. Die Bäume schlagen aus. Die Bauern ebenfalls. Der 512er wird gar nicht mehr kalt. Die Kartoffelpflanzmaschine, wachgeküsst aus dem Dreivierteljahres-Schlaf, kriegt ihren ersten Sonnenbrand. Unser Bauer hat die Kurzscheibenegge längst vergessen. Bis an einem schönen Freitagmorgen das Telefon klingelt: „Hier steht ein 920er Fendt Vario mit der Kurzscheibenegge bereit, die Sie ausprobieren wollten, Sie können die beiden übers Wochenende haben.“ „Nun brauch ich das nicht mehr, ich pflanz das ganze Wochenende Kartoffeln“, sagt unser Bauer natürlich nicht und schickt den Nachbarn los zum Abholen. Ein bisschen gescheibeneegt hat die Praktikantin dann an diesem Wochenende zwar noch, doch seinen eigentlichen Auftritt hatte das röhrende Ungetüm von Trecker am Montagmorgen. Endlich durfte sich unser Bauer in den noch nagelneu riechenden Sitz schwingen, auf dem Sozus nahm sein fünfjähriger Sohn mit feuerifrigen Bäckchen Platz. Dröhnend stoben sie vom Hof, durch die nächsten Dörfer, den Feld- und Flur-Nachbarn huldvoll lächelnd zuwinkend und diese mit offenen Mündern zurücklassend, bis zum Parkplatz am Waldrand. Der große, grüne Trecker mit der imposanten Nase überragt sie alle: die VW-Sharane und Ford Galaxies derer, die ihnen mit großen Augen entsteigen. Souverän klettern der Bauer

und sein Sohn aus der Treckerkabine und nehmen die erstaunten Ah's und Oh's der ihnen entgegeneilenden Kinder und Eltern entgegen. Schließlich beruhigen sich die Massen und finden sich zum gewohnten Morgenkreis zusammen. Ein Lied, ein Kuss, ein neuer Kindergarten beginnt. Und während ein Dutzend Knirpse schnatternd mit den Erziehern loszieht und die übrigen Eltern mit ihren zierlichen Kleinwagen davonfahren, steigt unser Bauer wieder auf die Aussichtsterrasse über schlappen 200 PS und bringt das grüne Ungetüm hochzufrieden zurück zum Landmaschinenhändler.



* Werbespruch des gleichnamigen Traktorenherstellers aus Bayern.

Sprüche und großformatiges Auftreten, das ist nicht unser Stil. Die Bauernstimme freut sich über neue Abos auf ihre eigene Weise.

06/2005

unabhängige Bauernstimme: Wer liest denkt weiter

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 36,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

**Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221**